

rundschreiben
04/20



medico international



Alle heißt alle...

... und zwar überall! Gesundheit, Demokratie,
Gerechtigkeit: Globale Debatten/ die Verdammten
in Kenia/ Gesundheitsbewegung in Brasilien/
Wider die Patente

Titelbild: Kaum ist ein vielversprechender Impfstoff in Sicht, sichern sich Europa und die USA ihren Anteil und mehr. Die vielbeschworene Solidarität sieht anders aus und eine Pandemie lässt sich ohnehin nicht national bezwingen – sie ist vorbei, wenn sie für alle vorbei ist. Auch für die Menschen, die an den Grenzen der Balkanländer ausharren in der Hoffnung auf ein Leben. Foto: Mark Mühlhaus/attenzione

Fotos der Autor*innen: digitalfarocanarias, medico, Privat

Impressum

Herausgeber:
medico international
Lindleystr. 15
D-60314 Frankfurt am Main
Tel. [069] 944 38-0, Fax [069] 436002
E-Mail: info@medico.de
Homepage: www.medico.de

Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),
Thomas Gebauer, Moritz Krawinkel,
Ramona Lenz, Christian Sälzer
Korrektorat: Marek Art
Gestaltung und Satz: Andrea Schuldt

Hinweis: Das medico-rundschreiben ist auf
100 % Recyclingpapier gedruckt.

ISSN 0949-0876

AUF EINEN BLICK – MEDICO-RUNDSCHREIBEN 04/20

- 4 **Editorial**
- 6 **Wie viel Hölle verträgt das Paradies?**
Kommentar: Dystopien und Utopien in pandemischen Zeiten
- ERSTE LEHREN AUS DER PANDEMIE**
- 12 **Subjekt oder Objekt der Gesundheit**
Auf der Suche nach Strategien aus der Covid-19-Krise
- 15 **Große Aufgaben**
Über die Rekonstruktion von Gesellschaftlichkeit
- 18 **Gesundheit ist Demokratie**
Kämpfe um das öffentliche Gesundheitswesen in Brasilien
- 22 **Globale Einsichten**
Interviews zu Gesundheit und Covid-19 in Brasilien und Kenia
- 26 **Privat sticht Öffentlich**
Impfstoff-Nationalismus und globale Gesundheitspolitik
- 30 **Projekte Projektionen**
Haiti, Philippinen, Nordostsyrien
- 32 **Begehren nach einer anderen Freiheit**
Das Verfassungsreferendum in Chile und die Folgen
- 36 **Jenseits von Geld und Beton**
Beirut nach der Explosion: Für das Recht auf Stadt
- 40 **Palästina 2030: eine Dystopie**
Perspektiven palästinensischer Selbstbestimmung
- 44 **Antisemitismus-Streit - nächste Runde**
Universalismus: Europa als Provinz
- 46 **Knebel-Gesetze**
Nicaragua: Das Ortega-Regime verschärft die Repressalien
- 49 **Grenzüberschreitungen**
Flüchtlingsabwehr und -hilfe entlang der Balkanroute
- 53 **Alter Wein in neuen Schläuchen**
Kommentar zum neuen EU-Migrationspakt
- 54 **Wohlfahrt neu erfinden**
Folgen der Pandemie und die Notwendigkeit sozialer Kämpfe
- 58 **medico aktiv**
Tribunal, School of Resistance, medico digital
- 60 **Bestellen & Verbreiten**
- 62 **Spenden & Stiften**

Das Ringen um eine gerechte Verteilung eines Corona-Impfstoffes – in Deutschland, in Europa, auf der ganzen Welt – wird für alle Regierenden eine Probe aufs Exempel.

Liebe Leser und Leserinnen,

la drôle de guerre, der „komische Krieg“ oder der Sitzkrieg, nennt sich die Zeit zwischen der Kriegserklärung von Frankreich und Großbritannien gegen NS-Deutschland nach dessen Einfall in Polen und dem Beginn des deutschen Westfeldzuges über ein halbes Jahr später. Drôle de guerre ist ein Synonym für die Lähmung von Politik und Geistesleben, die die Zeit nicht zu nutzen wussten. Alle taten so, als könne man weiter machen wie bisher. Auch heute könnte man sich an diesen Drôle de guerre erinnert fühlen. Jede*r in den privilegierten Zonen weiß, dass die Einschränkungen durch Corona nur ein Vorgeschmack auf das sind, was mit der Klimakatastrophe hierzulande noch auf uns zukommen wird und woanders schon längst Realität ist. Trotzdem herrscht eine geradezu bedrückende Stille, die nur durch eine lautstarke Positionierung gegen Corona-Leugner*innen durchbrochen wird. Die Lähmung ist angesichts der Verunsicherung verständlich. Hilfreich ist sie nicht. Denn es droht ein Leben in permanenter Unsicherheit, wenn es nicht gelingt, ein gemeinsames Anliegen zu formulieren, das den Schutz der Schwächsten im Zentrum hat. Der gilt für die ältere durch Covid-19 stärker betroffene Generation genauso wie für Geflüchtete und Menschen in den unterprivilegierten Zonen dieser Erde.

Das Ringen um eine gerechte Verteilung eines Corona-Impfstoffes – in Deutschland, in Europa, auf der ganze Welt – wird für alle Regierenden eine Probe aufs Exempel. Sie haben selbst eine moralisierte Öffentlichkeit für diese Frage geschaffen. Darin liegt jetzt eine Chance. Deshalb schlagen wir Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, noch einmal den Aufruf für öffentliche Medikamentenforschung und Entwicklung zur Unterzeichnung und Weitergabe vor. Öffentlicher Druck kann Einfluss auf eine entscheidende globale Gerechtigkeitsfrage nehmen. Diesen Spielraum beschreibt der

italienische Politologe Sandro Mezzadra in seinem Essay über neue Formen der Wohlfahrt. Die Europäische Union bewege sich zwischen einer Abkehr von neoliberalen Politiken, was politische Spielräume für eine neue soziale Infrastruktur eröffne, und einer Stärke neoliberaler Strömungen, die sich mit einem immer autoritäreren Staat gut anfreunden könnten.



Katja Maurer war viele Jahre lang Leiterin der Öffentlichkeitsarbeit von medico international. Sie ist Chefredakteurin des medico-rundschreibens.

Mitten in der Krise erinnert dieses Rundschreiben noch einmal an die Grundlagen und Möglichkeiten einer emanzipatorischen Gesundheitspolitik. Denn die Probleme in der Bewältigung der Pandemie haben auch mit eben jener Idee von Gesundheit zu tun, die auf biologisch-kurative Medizin in privatwirtschaftlicher Effizienz setzt. Die Interviews mit unseren Kolleg*innen aus Brasilien und Kenia machen deutlich, dass kohärente Strategien in der Pandemie immer auch lokal und von unten gestaltet werden müssen. Wenn wir, wie Andreas Wulf schreibt, Subjekte unserer Gesundheit und nicht Objekte staatlicher Intervention sein wollen, bedarf es eines umfassenden Blickes auf Gesundheit. Manche*r von Ihnen wird sagen, dass ist nichts Neues. Sozialistische Patientenkollektive postulierten das bereits in den 1960er Jahren, die Polikliniken der DDR hatten zumindest eine Idee des Sozialen in der Gesundheit. Und auch die globale Gesundheitsbewegung verfügt über eine Tradition kritischen und emanzipatorischen Denkens in der Gesundheit (siehe den Beitrag von Paulo Almirante ab Seite 18). An solche Ansätze gilt es zu erinnern. Sie helfen gegen die Lähmung.

Tatsächlich gibt es zum ersten Mal seit langem wieder – global wie lokal – eine umfassende Debatte, die über eine Wieder- und Neuerfindung des öffentlichen Gutes Gesundheit nachdenkt. Sie tut es in Fortsetzung dieser Geschichte und kann sogar machtvoll sein. Zum Beispiel in Chile, wo nach dem Exzess des Neoliberalismus ein solches gemeinsames Gut auf überwältigende Weise mehrheitsfähig geworden ist. Unser Titel zum Jahresende heißt: „Alle heißt alle“. Nach den Sonntagsreden zur Solidarität kann es hinter diese Gerechtigkeit kein Zurück geben.

Trotz der Ängste und Verunsicherungen, die jede*n auch persönlich plagen, haben Sie uns im Laufe dieses Corona-Jahres nicht nur die Treue gehalten, sondern sehr viel Geld für die Arbeiten von medico international gespendet. Dafür danken wir Ihnen. Wir verstehen das als ein politisches Zeichen wider die Ohnmacht und dafür, dass auch Sie das Gemeinsame betonen wollen: die kosmopolitische Solidarität im globalen Raum.

Herzlichst



Wie viel
Hölle
verträgt
das Para-
dies?

Selten waren Dystopie und Utopie so nahe beieinander wie in diesen pandemischen Zeiten

Von Ilija Trojanow

Wo sind wir? Im Paradies? In der Hölle? Irgendwo dazwischen? Näher am Paradies oder näher an der Hölle? Und wie war unser Befinden vor der Pandemie? Paradiesisch? Oder infernalisch? Oder beides zugleich, „als ob Hochzeits- und Beerdigungsglocken sich vermischt hätten“ [Robert Schumann]. Und wen umfasst dieses „wir“? Existiert es überhaupt noch? Kann es eine Gemeinschaft, die diese Bezeichnung verdient, überhaupt geben, wenn schon die zarteste Geste von Fürsorge, das Tragen einer Maske zum Schutz der Mitmenschen, für Spaltung sorgt? Wie nachhaltig sind die zaghaften Blüten der Solidarität, über die wir uns im ersten Lockdown noch gefreut haben, in einer Gesellschaft, die aus der Summe ihrer Einsamkeiten besteht?

Wer dieser Tage über die Zukunft spricht, tut dies aufgrund einseitiger Annahmen: Entweder sind wir – zwischenzeitlich – aus dem Gelobten Land vertrieben worden, oder aber unser Wohlergehen war zuvor schon eine Fata Morgana, die sich nun endgültig in Luft aufgelöst hat. Entweder war die vorpandemische Lage geprägt von einer stabilen, zufriedenstellenden Normalität, die nun zwar zerstört worden ist, zu der wir jedoch zurückfinden könnten. Oder aber wir lebten auch davor in zerrütteten und teilweise dysfunktionalen Verhältnissen. Die Reaktion auf die brüchige Gegenwart hängt von dieser grundsätzlichen

Haltung ab. Während manche als Folge der Pandemie Schlimmes, gar Apokalyptisches, befürchten, schöpfen andere Hoffnung, weil diese Krise den Blick auf notwendige Veränderungen lenkt, indem sie die essentielle Krisenhaftigkeit des Status quo offenlegt. Selten waren Dystopie und Utopie so nahe beinander. Und bei vielen Menschen vermischen sich Befürchtungen und Sehnsüchte zu einem konträren Cocktail.

Der Philosoph Jean Baudrillard hat unsere Situation schon vor mehr als drei Jahrzehnten mit visionärem Weitblick auf den Punkt gebracht: „Als wir keine Mittel hatten, sagten wir, der Zweck heiligt die Mittel. Als wir keinen Zweck hatten, sagten wir, die Mittel heiligen den Zweck. Unmoralisch ist, dass es keinen Widerspruch mehr zwischen beiden gibt: Zweck und Mittel sind einander gleich geworden.“ Wenn wir „Mittel“ durch „Leben“ ersetzen und „Zweck“ durch „Wachstum“, erkennen wir sofort, was Baudrillard meint. In der herrschenden Ökonomie ist das eine mit dem anderen ident. Wir wachsen, um zu leben, und leben, um zu wachsen, wir haben das Wachsen [anders gesagt: das Optimieren] verinnerlicht, wir sind als Individuen Frankenstein'sche Kreaturen eines Systems, das nur noch eine Richtung [hin zum Größeren], nur noch ein Tempo [die exponentielle Beschleunigung] und nur noch einen Vektor [zunehmende Kon-

zentration an Macht und Vermögen] kennt. Wir wissen, dass das, was sich heutzutage Wohlstand nennt, auf einem noch nie dagewesenen Raubbau basiert. Die ökologischen Zerstörungen wie auch das extreme Anwachsen von Ungleichheit sind umfassend analysiert und dokumentiert. Die Negativtendenzen sind weitestgehend anerkannt. Und doch halten viele Menschen das System tagsüber für stabil, um sich nächtens in ihren Alpträumen zu wälzen.

Das real existierende Schlaraffenland unserer bürgerlichen europäischen Existenz (zugegeben, ich verallgemeinere) verfügt momentan

Die Atomisierung der Gesellschaft ist so weit vorangeschritten, dass ein „Wir“ nur noch in Form von Familiennamen auf den Klingelschildern von Eigentumswohnungen aufscheint.

über einen halbwegs vollen Kühlschrank. Also erliegen wir dem Zauber eines reich gedeckten Tisches, ohne uns groß Gedanken zu machen über die wahren Kosten und die langfristigen Aussichten. Jene hingegen, die über die Versorgung des Kühlschranks ehrlich Buch führen und Inventar erstellen, malen das kommende Unglück an die Kühlschranktür. Darin besteht die Wirrnis unserer Zeit: An der Tür eines vollen Kühlschranks prangt das realistische Bild eines Weltuntergangs. Und weil die Vision der Hölle inmitten von Schlaraffenland als eine Wahnvorstellung erscheint, schenken wir ihr keinen Glauben.

Diese essentielle Widersprüchlichkeit bestimmt auch unsere Haltung zu Epidemien. Wir trösten uns damit, dass es solche seit je schon gegeben hat. Dabei haben wir allein in unserem noch jungen Jahrhundert global eine Explosion von viralen Plagen erlitten: SARS, die Vogelgrippe, MERS, die Schweinegrippe, Ebola, Hendra, Nipah und nun COVID-19. Laut Fachleuten ist es sehr wahrscheinlich, dass Pandemien zukünftig noch zunehmen werden und eines Tages ein extrem infektiöses Virus Hunderte Millionen Menschen töten könnte. Wie bereiten wir uns auf eine derart existentielle Bedrohung vor? Gehen wir die möglichen Ursachen konsequent an? Oder begnügen wir uns mit Maßnahmen zur Eindämmung und pharmazeutischen Neutralisierung der Virusinfektion?

Wie wäre es, wenn wir über die strukturellen Ursachen nachdenken, die dazu führen, dass lokale Krankheitserreger zu globalen zivilisatorischen Bedrohungen werden? Siehe da, es gibt einen kausalen Zusammenhang zwischen unserer effizienten Vereinnahmung des Planeten und dem Auftreten von Pandemien. Wie die Zeitschrift „Scientific American“ schon im März 2020 schrieb: „Destroyed Habitat Creates the Perfect Conditions for Coronavirus to Emerge“. Denn unser Agrarsystem, das quantitativ betrachtet Wunder vollbracht hat, ist durchfurcht von Bruchstellen. Es basiert auf Monokulturen, auf industriell hergestellten Düngemitteln und Pestiziden, auf antibiotischen Futterzusätzen und auf umweltschädlichem Massentransport. Zudem führt die Zerstörung von Regenwäldern und die Trockenlegung von Sümpfen dazu, dass Krankheitserreger aus ihren jeweiligen Ökosystemen freigesetzt werden – wer etwa durch Guatemala oder Borneo fährt, erhält schockierende Anschauung, wie die Monokulturen des Palmöls sich in die Biosphäre von Fledermäusen und Affen hineinfressen.

Die Agrarindustrie ernährt uns, indem sie

unsere Umwelt zerstört. Sie ist nicht nur für etwa ein Drittel der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich, sie gefährdet zunehmend die Gesundheit von uns allen. Eine durchschnittliche mitteleuropäische Legehennen erhält während ihrer sechzehnwöchigen Aufzucht sage und schreibe 18 Schutz-

Die Negativtendenzen sind weitestgehend anerkannt. Und doch halten viele Menschen das System tagsüber für stabil, um sich nächtens in ihren Alpträumen zu wälzen.

zimpfungen. Während unsereiner sich noch eine Grippeimpfung überlegt, verzehrt er eine leckere Hühnchenbrust, die mit mehr Pharma vollgepumpt ist als der Körper eines Rennfahrers. Obwohl die Vogelgrippe und die Schweinepest schon mehrmals massiv Hühner- und Schweinefarmen befallen haben, ist in der Folge kaum etwas gegen die Missstände unternommen worden. Wer mit pandemisch geschärftem Blick die Nachrichten der letzten Jahre Revue passieren lässt, kann nur staunen über die vielen Seuchenfälle vergangener Jahre. Nach jeder Epidemie herrscht Erleichterung vor, das Schlimmste vermieden zu haben, die alltägliche Ausbeutung wird fortgesetzt. Trotz alledem, das Paradies der gesicherten Normalität wird sich wieder einstellen, wir werden auch diese Katastrophe überstehen.

Zwar gibt es auch im globalen Norden einen wachsenden Widerstand, aber er ist noch viel zu schwach, um das System, das unsere Zukunft auffrisst, ernsthaft zu gefährden. Wie-

so bleibt ein profundes Umdenken aus? Wie schon zu Beginn angedeutet, leben wir mit einem Bein im Paradies und mit dem anderen in der Hölle – das wirkt sich negativ auch auf das Gemeinschaftliche aus. Die Atomisierung der Gesellschaft ist so weit vorangeschritten, dass ein „Wir“ nur noch in Form von Familiennamen auf den Klingelschildern von Eigentumswohnungen aufscheint. Die Folge: politische Apathie und soziale Vereinsamung.

Die Pandemie stellt Entwicklungen in Frage, die sie zuspitzt. Der Lockdown ist der Tiefpunkt einer seit Jahrzehnten voranschreitenden gesellschaftlichen Auflösung. Zugleich erkennen wir klarer die Notwendigkeit des gemeinschaftlichen Agierens, weil bei einer Infektion die Erkrankung Einzelner zugleich eine Bedrohung für alle darstellt. Das müsste selbst den größten Egoistinnen und Egoisten einleuchten (auch wenn manche Maskenverweigernde dieser Einsicht sichtbar widersprechen). Selbst wenn wir Empathie und Ethik außen vorlassen, müssten wir Gesundheit als oberstes Gebot eines hochgezüchteten Individualismus definieren. Und schon wird ein solidarischer Hoffnungsschimmer sichtbar in unserer von Konkurrent*innen und Konsument*innen bevölkerten (Unter)Welt.



Der Schriftsteller Ilija Trojanow ist Mitglied im Kuratorium der Stiftung medico international. Der obige Text ist die gekürzte Fassung einer Rede, die er im November 2020 zur Eröffnung des ausgefallenen internationalen Literaturfestivals BuchBasel zu halten plante.

Die ungehaltene Rede von Ilija Trojanow in voller Länge finden Sie unter: www.medico.de/wie-viel-hoelle

Erste Lehr aus der Pa demie



Foto: Hassan Al Jidi & Marwan Sawwaf / Alter Multimedia Co

Die Dramatik der Corona-Pandemie geht weit über die Verbreitung der Krankheit Covid-19 hinaus. Weltweit verschlechtert sich die Gesundheitssituation. Insbesondere in so abgehängten Regionen wie hier in Gaza, wo die Kolleg*innen der medico-Partnerorganisation PMRS ihr Möglichstes tun, um die Menschen zu versorgen.



en
n-

Während in Europa die zweite Welle rollt, zeigen sich die fundamentalen Schwächen des neoliberalen Gesundheitsverständnisses und seiner fehlenden Idee vom Gemeinsamen. Die Frage, wie gerecht ein Impfstoff weltweit verteilt wird und welchen Unterschied ein radikal-demokratisches Verständnis von Gesundheit machen würde, sind ins Zentrum der Debatte gerückt. Deshalb sind Gesundheit von unten, Parameter eines Weltsozialvertrages und Facetten der globalen Gesundheitsbewegung die Themen der folgenden Seiten.

Subjekt oder Objekt der Gesundheit

Auf der Suche nach Strategien aus der Pandemie

Das ganze Unglück der Menschen rührt allein daher, dass sie nicht ruhig in einem Zimmer zu bleiben vermögen.

Blaise Pascale

Von Andreas Wulf

Mit dem zweiten „Lockdown light“, der so leicht nicht ist, wie die heftigen Reaktionen zeigen, stehen wieder die „nicht-pharmakologischen“ Strategien zur Bewältigung und Beendung der Pandemie im Zentrum der Debatte. Denn die Silberkugel der Impfung lässt trotz jüngster Nachrichten auf sich warten und die Frage, wer dann zuerst dran kommt, und wann wir endlich wieder zur Vor-Corona Normalität zurückkehren, wird uns noch eine ganze Weile begleiten.

Das Modell der „Globalen Gesundheitssicherheit“ mit seiner Kriegsrhetorik (jetzt gegen den Feind Coronavirus), mit nationaler und internationaler nie zuvor gesehener Ressourcen-Mobilisierung und der Anrufung der globalen Solidarität, an der sich ganz besonders auch deutsche Politiker*innen wie Angela Merkel, Jens Spahn und Ursula von der Leyen als EU Kommissionspräsidentin beteiligen, beherrscht weiterhin die Politik. Aber hört man Stellungnahmen aus Politik, Epidemiologie und Gesundheitsbehörden, dann sind die

Gründe für die zweite Welle ganz einfach: Wie schon vor knapp 400 Jahren beim französischen Mathematiker und Philosophen Blaise Pascale sind es die unruhigen Menschen selbst, die für das Unglück verantwortlich sind, die einfach nicht einmal ein paar Monate still sitzen und ihre infektionsgefährlichen sozialen Kontakte einschränken wollen. Oder können.

Das verweist auf ein deutliches Defizit in den Strategien und Debatten: Es wird vor allem über die Menschen gesprochen, aber nicht mit ihnen. Es mangelt nicht an Verantwortungsappellen und Aufrufen zum Zusammenhalt, aber es fehlt an konkreten Plänen und Praktiken, wie denn die „Zumutungen“, von denen auch die Kanzlerin wieder spricht, realisiert und aushaltbar gemacht werden können. Wie Maßnahmen nicht nur „top-down“ entschieden, kommuniziert und durchgesetzt, sondern tatsächlich „bottom-up“ gemeinsam entwickelt werden könnten. Hierfür eignen sich die quasi-militärischen Konzepte von Fallfindung, Nachverfolgung, Isolierung, Überwachung und Eindämmung nicht, auf die das konventionelle Public-Health-Modell auch jetzt wieder setzt, obwohl es im Zuge der Aids-Krise überwunden schien. Dass jetzt die Bundeswehr mit eingesetzt wird, ist letztlich nur folgerichtig, wenn man einen „Krieg“ führt.

Aber müsste nicht eine tatsächliche gesamtgesellschaftliche Anstrengung anders aussehen?

Sollten nicht Schulen und Kitas selbständig jeweils für die konkreten Räume und Arbeitsweisen Strategien entwickeln können, wie die Infektionsgefahren zu minimieren sind, statt auf generelle Anweisungen der Kultusbehörden zu warten, die sich dann in der Praxis als wenig tauglich erweisen? Hätte nicht längst der jüngste Vorschlag der Ärztegewerkschaft Marburger Bund nach Quarantänemöglichkeiten in Hotelzimmern, um die Weitergabe von Infektionen innerhalb von Familien, Wohngemeinschaften und Gemeinschaftsunterkünften zu vermeiden, flächendeckend und mit klaren Finanzierungszusagen gestärkt werden können, statt nur punktuell in einzelnen Kommunen bei Infektionsausbrüchen in Flüchtlingsheimen oder zur Notunterbringung von Obdachlosen umgesetzt zu werden? Stattdessen werden mit dem allzu oft medial gehypten Schreckgespenst der „Hochzeitsfeiern“ und der Open-Air-„Coronaparties“ vermeintliche Gefährder*innengruppen stigmatisiert, die unser aller Gesundheit und Leben und vor allem die der älteren und kränkeren Bevölkerungsteile leichtfertig aufs Spiel setzen.

Quasi-militärische Pandemiebekämpfung

Hier wäre ein Blick auf die vielfältigen und kreativen Community-Health-Ansätze zu werfen, die sich in den letzten Monaten auch zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie in vielen Teilen der Welt entwickelt haben. Sie verbinden aktive Nachbarschaftshilfe für Menschen im Lockdown mit Einsatz für Infektionsschutz, entwickeln intelligente Kommunikationswege über soziale Medien und treten der anschwellenden „Infodemie“ von Falschinformationen und Misstrauen entgegen. Sie bilden damit ein Gegenmodell eines autoritären und allzu oft auch repressiv durchgesetzten Lockdowns. Equinet, ein medico-Partnernetzwerk aus dem südlichen/östlichen Afrika, hat an einer umfangreichen Zusammenstellung solcher

Erfahrungen teilgenommen und 42 solcher Fallstudien aus aller Welt mit herausgegeben (siehe unter <https://tinyurl.com/yxrekzre>). Die zentrale Botschaft aller dieser Erfahrungen lautet schlicht, aber wirkungsvoll: Wir sind Subjekte, nicht Objekte der Gesundheit.

Das meint: Ausgangspunkt einer Strategie dürfen nicht allein epidemiologische Daten und Kalkulationen sein, sondern die konkreten Lebensverhältnisse der Menschen. Denn in diesen erweist sich, ob die Prävention von Infektionen gelingt oder nicht. Und hier spielen die sozialen Faktoren des Lebens, die Wohn- und Arbeitsverhältnisse, die Strategien des gemeinsamen Begegnens und Lernens im Umgang mit der Pandemie eine entscheidende Rolle. Es braucht Ideen für physische Distanz, aber soziale Nähe und Unterstützung für diejenigen, die sich nicht einfach ins gut ausgestattete Homeoffice und Homeschooling zurückziehen können; die als „systemrelevante“ Arbeitskräfte gelten, durch eben diese Arbeit aber auch massiven Gefahren ausgesetzt sind. Das meint eine „umfassende Public-Health-Strategie“, die nicht vom Epidemie-Fall aus denkt, sondern von den Bedürfnissen und der Mitbestimmung der Menschen, in deren „öffentlichem Interesse“ die öffentliche Gesundheit wirken soll. Die Autor*innen, zu denen auch René Loewenson vom Equinet gehört, hat das in ihrem Beitrag „Reclaiming comprehensive public health“ im British Medical Journal so formuliert:

„Unterm Strich können wir nicht zulassen, dass die Reaktion auf COVID-19 die öffentliche Gesundheit in der institutionellen Praxis und in der öffentlichen Meinung allein auf die Biosicherheit reduziert, indem Menschen als Objekte und nicht als Handelnde behandelt werden, und Wissen, Gleichheit, Rechte und jahrzehntelange frühere Arbeit untergraben werden. Wir müssen eine öffentliche Gesundheit schützen und fördern, die im öffentlichen Interesse und in der Öffentlichkeit

verwurzelt ist, die proaktiv, wirksam, partizipatorisch, prinzipienfest, gerecht und auf wissenschaftlichen und sozialen Erkenntnissen basiert, die den sozialen Determinanten der Gesundheit vorgelagert ist und die die Zusammenarbeit zwischen dem Gesundheitswesen, anderen Sektoren und Gemeinschaften sowie zwischen Ländern weltweit aufbaut.“

Soziale Medizin – ein Update

Sich an solche Erfahrungen und Traditionen zu erinnern, ist nicht allein ein Privileg der Gesundheitsaktivist*innen im Globalen Süden. Auch hierzulande wächst der Wunsch, nach einer anderen Gesundheit, die nicht vom „Versorgungsbedarf“ gedacht ist, sondern von den sozialen Bedingungen aus, unter denen Gesundheit und Krankheit entstehen und die wesentlich für die ungleichen Gesundheitschancen der Menschen verantwortlich sind. Hierfür stehen die neuen, multidisziplinären Initiativen wie Polikliniken und Gesundheitskollektive in verschiedenen Städten, die sich in einem Poliklinik Syndikat vernetzt haben. Hier können gemeinsame Lernerfahrungen und Praxisaustausche organisiert werden, die tatsächlich Gesundheit entstehen lässt, die über kurative Behandlung von Krankheiten hinausgeht.

Zwei konkrete Beispiele aus den Gesundheitskollektiven zeigen, wie solche „gemeindebasierte multidisziplinäre“ Arbeit aussieht bzw. aussehen kann: Es zeigte sich besonders zu Beginn der Corona-Pandemie ein eklatantes Defizit an Information und im Verlauf diverse Zugangshürden zu den herausgegebenen Informationen. Hier wären lokale, mehrsprachige und partizipative Aufklärungsoffensiven angesichts der Informationslücken nötig gewesen. In diese Lücke traten schnell selbstorganisierte Zusammenhänge in Nachbarschaften und haben in mehrsprachigen bzw. nicht-deutschsprachigen Messengern zum Thema Corona Informationen gesammelt und verbreitet.

Um auf die lokalen Situationen reagieren zu können, sind gesundheitliche Stadtteil- oder Kiezräte ideal, die neben Epidemiolog*innen, Logistiker*innen, Psycholog*innen oder Sozialarbeiter*innen, Sozialwissenschaftler*innen auch Sozialverbände, Wohlfahrtsorganisationen und nachbarschaftliche Strukturen wie solidarische Nachbarschaftsinitiativen miteinbeziehen. Solches lokales Wissen ist nötig für effektive Präventions- und Aufklärungsstrategien und die beste Vorsorge gegen Misstrauen und Fake News. Am Aufbau solcher Gemeindestrukturen sind die Polikliniken und Gesundheitskollektive beteiligt. Sie interpretieren die alte Idee der sozialen Medizin im 21. Jahrhundert neu – wie es auch medico-Partner*innen in Brasilien, in Bangladesch oder den Philippinen tun.



Andreas Wulf ist Arzt und seit 1998 bei medico international. Er ist Berlin-Repräsentant und arbeitet zu Themen globaler Gesundheit.

Anlässlich des Global Health Summits im Oktober fand die von medico und Brot für die Welt organisierte Online-Veranstaltung „Preparedness or Prevention. Conflicting Concepts in the Covid19 Pandemic“ statt, an dem auch das im Text erwähnte Partnernetzwerk Equinet teilnahm. Auf dieser wurden politik- und gesellschaftswissenschaftliche Perspektiven und Praxiserfahrungen für einen nicht nur virologischen, sondern lebensweltlichen Umgang in der Überwindung der Pandemie diskutiert. Die Aufzeichnung der Veranstaltung ist unter www.medico.de/youtube zu finden.

Große Aufgaben

Die Rekonstruktion von Gesellschaftlichkeit erfordert eine Versöhnung von Freiheit und Sicherheit

Von Thomas Gebauer

US-Präsident Donald Trump wird schon bald Geschichte sein. Die verstörende Frage, warum über 70 Millionen Amerikaner*innen ihre Stimme einem notorischen Lügner und offenkundigen Anti-Demokraten gegeben haben, aber nicht bleiben.

Eine erste Antwort gibt die politische Landkarte. Trump wurde dort gewählt, wo die soziale Verunsicherung der Menschen besonders groß ist. Seine Hochburgen liegen nicht an den global prosperierenden Küsten der USA, nicht in den urbanen Metropolen, sondern in der Peripherie des abgehängten Mittelwestens mit all seinen weltvergessenen und von der Welt vergessenen Kleinstädten. Hier gedeihen die Resentiments, die einem Demagogen wie Trump in die Hände spielen. Es sind die Verlierer*innen der Globalisierung, auf die sich Trump stützen konnte; Menschen, die sich in ihrer Existenz bedroht sehen, sei es, weil mit der Globalisierung alte Hierarchien ins Wanken gekommen sind, oder aus Angst, im schärfer werdenden Kampf aller gegen alle den gewohnten Lebensstandard nicht mehr halten zu können. Solche Verunsicherungen machen empfänglich für Demagogen. Man giert nach spaltenden Worten, die eine vermeintliche „weiße Überlegenheit“ behaupten, freut sich über ein paar lausige Schecks, aber verflucht die in Washington, die einen doch längst verra-

ten haben. Was die Wählerschaft Trumps vereint, ist die Erfahrung eines Bedeutungsverlustes, kompensiert in einem Opfermythos, der nun durch die Abwahl „ihres Präsidenten“ weiter genährt wird.

Joe Biden, der neue Präsident wird einiges zu tun haben, wenn er die tief gesplante Gesellschaft wieder vereinen will. Mit guten Worten alleine wird das nicht gelingen. Notwendig wären weitreichende Eingriffe in die strukturellen Umstände, die für die dramatisch angewachsene soziale Verunsicherung verantwortlich sind. Letztlich stünde die Rekonstruktion einer Gesellschaftlichkeit auf der Tagesordnung, die mit der marktradikalen Umgestaltung der Welt in den zurückliegenden Jahrzehnten bis in ihre Grundfesten hinein erschüttert wurde. Und zwar weltweit. Was zu tun wäre, wird paradigmatisch im Kontext der Corona-Krise deutlich. Krasse Fehlentwicklungen werden hier sichtbar, für deren Korrektur sich Biden bislang nicht ausgesprochen hat.

Denn während die Pandemie gerade weitere Millionen von Menschen in eine unsichere Zukunft treibt, können sich maßgebliche Profiteur*innen des Neoliberalismus fast schon in Sicherheit wiegen. Dafür sorgen viele der internationalen Handels- und Investitionsschutzabkommen, die es heute global tätigen Inves-

tor*innen ermöglichen, Regierungen in aller Welt auf Entschädigungen für jene Verluste zu verklagen, die sie durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie erlitten haben. Der Virus-Welle droht so eine Welle von Schadensersatzklagen zu folgen. Über die aber werden nicht ordentliche Gerichte entscheiden, sondern private Schiedsstellen. So steht es in den Abkommen, die ausländischen Investor*innen das Sonderrecht auf Gewinne selbst dann noch einräumen, wenn diese nur auf Kosten der Gesundheit der Menschen zu erzielen wären. Es ist beschämend zu sehen, mit welcher Energie der Neoliberalismus den Schutz von Wirtschaftsinteressen vorangetrieben hat und wie wenig zum Schutz der sozialen Absicherung von Menschen getan wurde.

Unter Berufung auf bestehende Abkommen können heute beispielsweise ausländische Versorgungsunternehmen Länder wie El Salvador oder Argentinien verklagen, weil diese die Bezahlung von Wasserrechnungen aussetzen, um ärmeren Haushalten das Einhalten von Hygienemaßnahmen zu ermöglichen. Entschädigungsrelevant sind auch staatliche Eingriffe zur Sicherstellung des Zugangs zu bezahlbaren Medikamenten, Tests und Impfstoffen, wodurch Gewinne geschmälert werden. Ebenso wie verfügte Aussetzungen von Hypotheken- und Mietzahlungen, nicht zu vergessen die Einschränkung von Geschäftsaktivitäten zum Schutz der Gesundheit.

Es ist höchste Zeit, die Sonderrechte von Investor*innen zu überprüfen. Das verlangen über 600 zivilgesellschaftliche Organisationen aus aller Welt in einem offenen Brief an die Regierungen. Öffentliche Mittel, die so dringend zur Abmilderung der sozialen Folgen der Pandemie gebraucht werden, dürften nicht zur Zahlung exorbitanter Anwaltsrechnungen und milliarden schwerer Entschädigung ausländischer Konzerne verwendet werden, heißt es in

dem Aufruf, der von Gewerkschaften, Umweltschutzverbänden, sozialen Bewegungen und Hilfsorganisationen, so auch von medico international unterzeichnet wurde. (<http://s2bnet-work.org/offener-brief-zu-isds-und-covid-19/>)

Schon lange vor Trump ist die für menschenwürdige Lebensumstände so wichtige Balance zwischen individuellen Freiheiten und gesellschaftlich garantierter Sicherheit auf fatale Weise aus den Fugen geraten. Beides wieder

Öffentliche Mittel dürfen nicht zur Zahlung exorbitanter Anwaltsrechnungen und milliarden schwerer Entschädigung ausländischer Konzerne verwendet werden.

miteinander zu versöhnen, ist das Gebot der Stunde. Mit Blick auf den erreichten Globalisierungsgrad wird das allerdings nicht in nationalen Alleingängen zu schaffen sein, viel zu groß sind die real existierenden transnationalen Verschränkungen. Die Hoffnung, den Geist der Globalisierung zurück in die Flasche zwingen zu können, führt in die Irre. Nicht das Zusammenrücken der Welt ist das Problem, sondern der prekäre von massiven sozialen Verwerfungen geprägte Zustand, in dem sich die Welt in ihrem Weltweitwerden heute befindet.

Um allen, den Menschen im US-amerikanischen Mittelwesten ebenso wie in den Bewohner*innen der Sahelzone, den Solo-Selbstständigen und Kulturschaffenden in den urbanen Zentren ebenso wie den noch in den Slums dieser Erde zusammengepfercht Le-

benden, eine menschenwürdige Existenz zu sichern, bedarf es einer radikal neuen, einer auf Ausgleich und Anerkennung drängenden globalen Politik, die im besten Sinne des Wortes Weltsozialpolitik wäre.

Es mangelt nicht an Ressourcen. Die Welt schwimmt förmlich in Geld. Aufgrund der verfehlten Finanz- und Steuerpolitik der zurückliegenden Jahrzehnte ist es nur nicht dort, wo es gebraucht wird. Würde Jeff Bezos, der Amazon-Gründer und gegenwärtig reichste Mann der Welt, allen Obdachlosen der USA ein Haus bauen, bliebe er noch immer Multimillionär.

Weltsozialpolitik ist etwas prinzipiell anderes als die von den Interessen der Geber*innen geleitete herkömmliche Entwicklungszusammenarbeit. Weltsozialpolitik basiert auf Rechtsansprüchen, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgelegt sind, nicht zuletzt auf Artikel 28, der allen Menschen das Recht auf eine „internationale und soziale Ordnung“ garantiert, in der die Freiheits- und Sozialrechte gewährleistet sind.

Es mangelt nicht an Ressourcen. Die Welt schwimmt förmlich in Geld.

Die heute so dringend gebotene Versöhnung von Freiheit und Sicherheit muss keine Utopie bleiben. Sie kann gelingen, wenn neu zu schaffende öffentliche Institutionen auf zentraler Ebene für notwendige Regulierungen und einen solidarisch-gerechten Zugang zu Ressourcen sorgen, über deren Verwendung in demokratischer Selbstbestimmung auf lokaler Ebene entschieden wird. So notwendig es ist,

die Bündelung von Ressourcen zentral, mitunter sogar international zu organisieren, so wichtig ist es, die Entscheidungsbefugnisse über die Verwendung von Mitteln möglichst weit unten anzusiedeln. In skandinavischen Ländern sind es mitunter die Kommunen, die in öffentlichen Debatten darüber befinden, wie die ihnen für Gesundheitsprävention übertragenen Mittel eingesetzt werden: für den Bau einer Sporthalle, das Anlegen eines Trimm-Dich-Pfades oder für die Ernährungsberatung an Schulen.

Der Leiter der norwegischen Gesundheitsbehörde erzählte mir einmal von der großen Bedeutung, die von der Einrichtung einer solidarisch verfassten Daseinsvorsorge für das Nachkriegs-Norwegen ausging. Ohne diesen Prozess hätte das damals tief gesplante Land, in dem sich die Kollaborateur*innen und Opfer der Nazi-Herrschaft gegenüberstanden, nicht wieder zueinander gefunden. Die Chance auf Versöhnung der US-Gesellschaft liegt nicht in der Abschaffung von Obama-Care, sondern in dessen Ausweitung. In den USA selbst, vor allem aber über alle Landesgrenzen hinaus.



Thomas Gebauer ist Sprecher der stiftung medico international und beschäftigt sich seit langem mit der Frage, wie der Weg zu einer globalen sozialen Infrastruktur mit einer für alle gesicherten Zugangsgerechtigkeit aussehen könnte.

Gesundheit Demokratie





ist

Die Entstehungsgeschichte des öffentlichen Gesund- heitswesens in Brasilien...

Mit dem brasilianisch-kubanischen Programm Mais Médicos (2013-2019) kamen Ärzt:innen endlich auch in abgelegene und marginalisierte Regionen und Stadtviertel Brasiliens. Möglich war das infolge des Kampfes für das Sistema Único de Saúde.

... ist auch die Geschichte einer globalen kritischen Gesundheitsbewegung

Von Paulo Amarante

In diesen Tagen erinnerte ich mich an das erste Symposium über Gesundheitspolitik, das im Oktober 1979 in Brasilia stattfand, und an dem ich als Mitglied einer Delegation des brasilianischen Zentrums für Gesundheitsstudien (CEBES) beteiligt war. CEBES hatte sich 1976 mit dem Ziel gegründet, einen Raum für kritische Reflexion über Gesundheitsfragen zu schaffen, in dem ihre politischen, sozialen und wirtschaftlichen Dimensionen berücksichtigt würden. Es ging mitten in Diktaturzeiten darum, kritisches Denken im Bereich der Gesundheit zu entwickeln.

CEBES war damals die organisatorische und mobilisierende Kraft, aus der heraus sich eine einflussreiche Gesundheitsbewegung entwickelte. Gesundheit betrachteten wir nicht als einen Zustand. Das Binom Gesundheit/Krankheit war aus unserer Sicht ein historischer, multikausaler, dynamischer Prozess, der über die traditionellen Variablen des medizinisch-klinischen oder epidemiologischen Modells hinausgehen musste. Später fand sich manches davon in dem Konzept der „sozialen Determinanten von Gesundheit“ wieder, das in der WHO diskutiert und verabschiedet wurde. Die damaligen Debatten in Brasilien gingen allerdings weit über offensichtliche Beziehungen von Gesundheit und sozialem Status hinaus. Am Ende stand 1988 der Vorschlag zur Gründung eines einheitlichen Gesundheitssystems – Sistema Único de Saúde [SUS] –, das in Verfassungsrang erhoben wurde.

Unser Vorschlag trug nicht den Titel „für eine neue Gesundheitspolitik“. Er hieß: „Die demokratische Frage im Gesundheitswesen“. Das war mehr als nur ein Verweis auf die damalige Militärregierung. Es trug der Tatsache Rechnung, dass Demokratie ein Kernaspekt von Gesundheit darstellt. Der Vorschlag für ein einheitliches Gesundheitssystem revolutionierte mit seinem politischen und sozialen Ansatz die Art, wie in Brasilien über das Thema nachgedacht wurde. Seither sind Gesundheit und Demokratie miteinander verbunden: Gesundheit ist Demokratie – Demokratie ist Gesundheit. Gesundheit war damit nicht mehr auf die Behandlung von Krankheiten oder die Förderung gesunder Lebensgewohnheiten beschränkt, es war ein Ansatz, Leben zu schaffen. Es ging nun um die materiellen und symbolischen Bedingungen des Lebens, der Arbeit, des Zusammenlebens und um öffentliche Räume wie Institutionen und ihren Umgang miteinander.

Im historischen Kontext des Kampfes um die Redemokratisierung des Landes war das SUS das konkrete Projekt, um Gesundheit als Recht aller und als Pflicht des Staates zu garantieren. Das brasilianische Gesundheitssystem vor der Einführung des SUS kann man sich heute kaum noch vorstellen. Es war hochgradig elitär, privat finanziert und ausschließend. Sein Schwerpunkt lag auf rein kurativer, spezialisierter Medizin und war auf Krankenhäuser fixiert. Nur die Reichsten hatten Zugang. Die anderen waren mittellos, unglücklich, der Gnade öffentlicher

Wohltätigkeit oder dem guten Willen des Staates überlassen. Dem gegenüber bedeutete Universalität Zugänglichkeit für alle.

Hinzu kam das integrale Verständnis. Im Rahmen des SUS sollte sich der komplexe soziale Prozess zwischen physischen und psychischen, zwischen sozialen und biologischen Ursachen von Erkrankungen spiegeln. Gesellschaftliche Teilhabe sollte durch die Einrichtung von Ge-

In der Pandemie hat das SUS seine Fähigkeit zur Fürsorge, zur Achtung des Lebens, zum Zuhören und zur Solidarität unter Beweis gestellt.

sundheitsräten gewährleistet werden, die heute auf kommunaler, staatlicher und nationaler Ebene bestehen. Klare und egalitäre Kriterien sollten die Beteiligung von demokratisch gewählten Vertreter*innen der Gesellschaft sowie der Dienstleistungsanbieter*innen und des Staates gewährleisten, um einen umfassenden Prozess der Partizipation und der sozialen Kontrolle zu entwickeln. Diese Räte sollten die Grundlagen, Prinzipien und Prioritäten der Gesundheitspolitik innerhalb ihres Territoriums und ihres Geltungsbereichs definieren. Gleichzeitig gab es Gesundheitskonferenzen. Auch sie sollten kein Treffpunkt von Autoritäten und Experten sein, sondern einen Prozess der Konsultation und der sozialen Konstruktion initiieren. Es ging nicht nur um neue Gesetze, Normen und Vorschriften, sondern um einen institutionalisierten Prozess, kritisches Denken zu verankern. Auf dem Gebiet der psychischen Gesundheit und der Psychiatrie-Reform war die „Demokratische Psychiatrie“ des italienischen Psychiaters Franco Basaglia wesentlicher Be-

zugspunkt. Deshalb übernahmen wir im Rahmen des SUS auch das Grundprinzip, dass Menschen mit psychischen Leiden ein Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung besitzen. Der Prozess der brasilianischen Psychiatriereform gilt als weltweit beispielhaft.

In der Praxis traten Probleme auf, die vor allen Dingen in der misslichen Finanzierung bestanden und bestehen. Daran hat keine Regierung bis heute etwas geändert. Während der private Gesundheitssektor auf geradezu manische Weise gestärkt wurde, blieb das öffentliche System unterfinanziert. Zudem wird es beharrlich, selbst von Gewerkschaften oder linken Parteien, als ineffizient denunziert. Trotzdem hat das SUS überlebt. Es widersetzt sich den ständigen Privatisierungsangriffen. Sein Widerstand erhält sich in den partizipatorischen Prozessen, in den Gesundheitsräten und Konferenzen, die noch immer aus Ideen der Gesundheitsbewegung der 1980er Jahre gespeist werden. Hier sind die ethischen Grundsätze, die Verpflichtung auf die Prinzipien der kollektiven Gesundheit, als Recht der Gesellschaft und als Pflicht des Staates, tief verankert. Deshalb ist das SUS, so angegriffen und zersplittert es sich darstellt, in der Pandemie wie ein Phönix aus der Asche auferstanden und hat seine Fähigkeit zur Fürsorge, zur Achtung des Lebens, zum Zuhören und zur Solidarität unter Beweis gestellt. Und daher steht die Verteidigung des SUS wieder auf der politischen Agenda. Denn in ihm werden die Prinzipien und revolutionäre Praktiken eines Gemeinwesens verteidigt, das sich der kapitalistischen Zerstörung des Lebens widersetzt.



Paulo Amarante ist Psychiater, war lange Präsident des medico-Partners Brasilianisches Zentrum für Gesundheitsstudien CEBES und ist einer der Pioniere der Psychiatriereform in Brasilien.

Die Erholung wird Jahre dauern

Interview mit Raquel Torres, Redakteurin der Plattform Otra Saúde, „Andere Gesundheit“

Foto: Privat



Raquel Torres beschäftigt sich seit Jahren mit Gesundheitspolitik und hat lange für das staatliche Forschungsinstitut für öffentliche Gesundheit Fiocruz gearbeitet.

Können Sie uns einen Überblick über die aktuelle Covid-19-Situation in Brasilien geben?

Das ist aus verschiedenen Gründen gar nicht so einfach. Brasilien ist ein riesiges Land, in dem das Virus überall, aber mit unterschiedlicher Infektionsdynamik auftritt. Andererseits bilden die existierenden Daten kaum das reale Infektionsgeschehen ab, weil die Regierung viel zu wenig testen lässt, um wirklich einen Überblick zu bekommen. Deshalb wissen wir gar nicht, wie viele aktive Covid-19-Fälle es tatsächlich gibt. Offiziell gibt es zum jetzigen Zeitpunkt (Stand: 10.11.2020) 5,6 Millionen nachgewiesene Covid-19-Fälle und 162.000 an oder mit dem Virus Verstorbene. Ein großes Problem ist zudem, dass die Regierung oft-

mals nicht veröffentlicht, wie viele Tests überhaupt durchgeführt wurden. In den letzten Monaten lag die Positivitätsrate der Covid-19-Tests konstant bei knapp 20 Prozent, in Deutschland hingegen nur bei 7 Prozent.

Welche Rolle spielt das öffentliche Gesundheitssystem Sistema Único de Saúde (SUS) in der Pandemiebekämpfung?

Es spielt eine zentrale Rolle bei der Pandemiebekämpfung. Es hat auch schon vor der Pandemie die Gesundheitsversorgung von Dreiviertel der brasilianischen Bevölkerung gesichert. Die Struktur des SUS ist für die Pandemiebekämpfung sehr gut geeignet, weil sie sehr basisorientiert aufgebaut ist. Es verfolgt eine familienbasierte Gesundheitsstrategie, in der Tausende von Gesundheitsarbeiter*innen engen Kontakt zu den Menschen pflegen. Genau diese Gesundheitsarbeiter*innen können jetzt zur Erhebung von Daten zum Infektionsgeschehen und zur Nachverfolgung von Infektionsketten genutzt werden. Wichtiger ist aber, dass das SUS für die Patient*innen einen kostenlosen und damit demokratischen Zugang zur Gesundheitsversorgung ermöglicht. Allerdings leidet das öffentliche Gesundheitssystem seit Jahren unter chronischer Unterfinanzierung. So rächt sich nun, dass es zu wenige öffentliche Krankenhausbetten gibt und Patient*innen deswegen auf eine Behandlung warten. Das bittere ist je-

doch, dass es freie Krankenhausbetten für Privatpatient*innen gibt, die sogar gegen Bezahlung durch das SUS auch SUS-Patient*innen zur Verfügung gestellt werden könnten. Und so sterben vor allem arme Menschen trotz freier Betten an dem Virus, weil sie keine private Krankenversicherung haben.

Bereits unter der sozialdemokratischen Vorgängerregierung gab es eine Stärkung der privaten Gesundheitsvorsorge zu Lasten von SUS. Nun hat die Regierung angekündigt, bei der Bekämpfung der Pandemie verstärkt auf den Privatsektor zu setzen. Was heißt das konkret?

Die Regierung setzt in der aktuellen Situation auf sogenannte Public-Private-Partnerships. Beispielsweise sollen administrative Aufgaben in der Pandemiebekämpfung durch private Unternehmen durchgeführt werden, die dann aus den öffentlichen Kassen bezahlt werden. Es geht also noch nicht darum, bestehende öffentliche Infrastruktur an den Privatsektor zu verkaufen, oder die Menschen für die Versorgung durch das SUS bezahlen zu lassen. Trotzdem gab es nach der Ankündigung der Regierung eine breite öffentliche Empörung, die Bolsonaro und seinen Wirtschaftsminister Paulo Guedes dazu gezwungen hat, einen Tag später ihren Vorschlag zurückzuziehen. Mich hat diese empörte Reaktion von großen Teilen der Bevölkerung positiv überrascht, denn im Alltag ist die Unterstützung für das öffentliche Gesundheitssystem nicht spürbar.

Bei der Bekämpfung des HIV-Virus ist Brasilien einen unkonventionellen Weg gegangen und hat in staatlichen Laboren Präparate gegen das Virus selbst hergestellt. Inwiefern hätte Brasilien denn die Möglichkeiten, nun selbst Dosen des Impfstoffes zu entwickeln oder herzustellen?

Brasilien hat eine sehr starke öffentliche Pharmaindustrie. Das staatliche Forschungsinstitut

Fiocruz ist an der Entwicklung eines Impfstoffes beteiligt. Die Regierung hat darüber hinaus über Fiocruz ein Abkommen mit der US-Pharmafirma AstraZeneca über deren möglichen Impfstoff vereinbart, das Brasilien die Produktion von 100 Millionen Impfstoffdosen im kommenden Jahr zusichern würde. Allerdings würde nur die Abfüllung und Verpackung in Brasilien stattfinden. Die Regierung des Bundesstaats Sao Paulo hat zudem einen Lizenzvertrag mit einer chinesischen Firma über deren potenziellen Impfstoff abgeschlossen, die in der Entwicklung weiter ist. Präsident Bolsonaro lehnt einen „kommunistischen“ Impfstoff aus China jedoch vehement ab. Das zeigt, dass die Regierung bei der Pandemiebekämpfung überaus ideologisch handelt.

Mit welchen langfristigen Folgen der Pandemie rechnen Sie?

Es wird Jahre, wenn nicht Jahrzehnte dauern, bis sich die Gesellschaft erholt hat. Viele kleine und mittlere Unternehmen mussten schließen, die Arbeitslosigkeit ist spürbar gestiegen. Vor allem Menschen in informellen Arbeitsverhältnissen, mittlerweile mehr als jede*r Zweite, leiden sehr. Die Regierung zahlt ihnen seit einigen Monaten knapp 50 US-Dollar, damit sie nicht verhungern. Eine der schlimmsten Folgen jedoch ist, dass in den meisten Bundesstaaten die Schulen seit sieben Monaten geschlossen sind. Das heißt, die Regierung hat bisher keine anderen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung entwickelt als den Lockdown.

Das Interview führten Katja Maurer und Julian Toewe.

Im Rahmen der Brasilien-Arbeit unterstützt medico sowohl die Arbeit von CEBES wie die Gesundheitsplattform „Otra Saúde“.

Spendenstichwort: Brasilien

So schwierig wie nie

Covid-19 und der Kampf um eine allen zugängliche Gesundheitsversorgung in Kenia. Fragen an den Gesundheitsaktivisten Dan Owalla

Foto: Holger Friedemuth



Dan Owalla ist der landesweite Koordinator des People's Health Movement in Kenia. Seit 2020 arbeitet er für die NGO SODECA (Society of Development and Care), die sich für das Menschenrecht auf Gesundheit in marginalisierten Communities einsetzt.

Wie kommt es, dass der afrikanische Kontinent scheinbar weniger stark von der Covid-19-Pandemie betroffen ist als die Welt es erwartet hatte? Und ist das überhaupt so?

Die Menschen hier sagen, die bloßen Lebensbedingungen würden sie immunisieren. Das Trinkwasser ist verunreinigt, die Luft ist verschmutzt, die Menschen sind an Atembeschwerden gewöhnt – nennen wir es eine „systeminduzierte Immunität“. Es ist aber irreführend zu sagen, unser Kontinent sei von der Pandemie kaum betroffen. Erstens sind die Fähigkeiten Afrikas, Menschen zu testen, Infizierte zu identifizieren und unter Quarantäne

zu stellen, im Vergleich nach wie vor gering. Das erklärt die niedrigen Fallzahlen. Hinzu kommt, dass Zugang zu Informationen verweigert wird: Länder wie Tansania haben sogar Gesetze erlassen, die es verbieten, über die Auswirkungen von Covid-19 zu berichten.

Unabhängig von der gesundheitlichen Situation sind die wirtschaftlichen Auswirkungen gravierend.

Die Einschränkungen haben unsere Wirtschaft hart getroffen, zumal die Regierung keinerlei Geld hinein gepumpt hat, um kleinere Unternehmen zu retten. Unzählige Menschen haben ihre Arbeit verloren, sowohl informelle als auch formelle Jobs. Supermärkte wurden zugemacht, weil die Menschen es sich nicht mehr leisten können, dort einzukaufen. Durch Einschränkungen im Transportwesen und gleichzeitige Preiserhöhungen können die Menschen nicht einmal mehr die Fahrt von einem Punkt zum anderen bezahlen. Alles ist teurer geworden – und Reserven haben die Menschen nicht. Vielen bleibt nichts anderes übrig, als wieder aufs Land zurückzukehren. Noch nie war das Leben so schwierig wie jetzt.

In Kenia gab es lautstarke Proteste gegen die Misswirtschaft bei der Vergabe von Covid-19-Zuschüssen. Was ist passiert?

Kenia hat rund 1,7 Milliarden Euro aus internationalen Töpfen wie Weltbank und Währungsfonds für die Bekämpfung von Covid-19 erhal-

ten. Die Bezirksregierungen wurden angewiesen, medizinisches Material über die halbstaatliche Behörde „Kenya Medical Supplies Agency“ (KEMSA) zu beziehen. Doch in den Gesundheitszentren und Kliniken kam keine Schutzausrüstung an. Immer mehr Beschäftigte im Gesundheitswesen starben an Covid-19. Ärzt*innen traten in den Streik, zumal ihre Gehälter über Monate nicht gezahlt wurden. Es stellte sich heraus, dass Unternehmen den Zuschlag für die Lieferung von Schutzausrüstungen an KEMSA bekommen hatten, die nicht einmal zwei Monate alt waren. Verwandte von Regierungsmitgliedern hatten sie gegründet. Sie erhielten Millionenzahlungen, haben aber nichts geliefert. Hinzu kommt, dass erhebliche Teile der für die Covid-19-Versorgung bestimmten Gelder zurück in den globalen Norden flossen. Da Kenia nicht über ausreichend eigene Produktionskapazitäten verfügt, müssen Testkits und viele andere medizinische Produkte bei Unternehmen in China und Europa gekauft werden.

In den vergangenen Jahren hat Kenia von internationalen Entwicklungspartnern und der Weltbank Mittel für ein wegweisendes Programm erhalten: die Einführung einer Universal Health Coverage, also einer allgemein zugänglichen Gesundheitsversorgung. Die Regierung hat eine flächendeckende Versorgung bis 2022 zugesagt. Wie steht es darum?

Das People's Health Movement setzt sich seit langem für eine Universal Health Coverage ein. Das Problem in Kenia ist, dass das Programm in der aktuellen Pilotphase nicht so umgesetzt wird, wie es ursprünglich geplant war, nämlich als basisnahe Gesundheitsversorgung für alle. Hierfür müsste man sich auf die Ebene der primären Gesundheitsversorgung konzentrieren, auf eine Zugänglichkeit und eine gerechte Versorgung der Menschen in den Communities. Das Programm trat aber erst auf der vierten Stufe unseres sechsstufigen Gesundheitssys-

tems in Kraft. Auf dieser sind die größeren Bezirkskrankenhäuser angesiedelt. Alle Ebenen darunter, die für die Menschen in den Communities in Reichweite sind, wurden nicht finanziert: Apotheken, Gesundheitszentren und Kliniken in den Gemeinden gingen leer aus.

Dabei wäre genau dies auch eine wichtige Waffe gegen das Corona-Virus gewesen.

Ja. Stattdessen haben wir eine riesige Lücke zwischen dem, was in den Gemeinden passiert, und der vierten Stufe der Gesundheitsversorgung in Form einer kurativen Medizin in Krankenhäusern. Es bringt jedoch wenig, das Niveau der Versorgung auf Bezirksebene zu verbessern, wenn diese für einen Großteil der Menschen ohnehin nicht zugänglich ist. Hinzu kommt: Beim derzeitigen Modell würden die Menschen in ein Versicherungssystem eintreten und monatliche Zahlungen leisten. Damit wird der medizinische Sektor ab der vierten Stufe des Gesundheitssystems für privatwirtschaftliche Unternehmen attraktiv. Am wichtigsten wäre es aber, dass die ärmere Bevölkerung endlich Zugang zur Gesundheitsversorgung erhält. Auch als sehr wirksames Mittel, um die Pandemie zu bekämpfen.

Die Fragen stellte Julia Manek.

Die medico-Partner SODECA und KAPLET kämpfen dafür, dass das in der Verfassung verankerte Recht auf Gesundheit kein leeres Versprechen bleibt. Trotz staatlicher Repression arbeiten sie unermüdlich daran, die ärmsten Menschen in Nairobis überfüllten Slums vor COVID-19 zu schützen. In Kenias Grenzgebieten leisten sie auch dort Nothilfe, wo andere weder hinschauen noch hinkommen.

Spendenstichwort: Ostafrika

Privat sticht öffentlich

Vom Impfstoff-Nationalismus und der Rechtlosigkeit
in der globalen Gesundheitspolitik

Von Anne Jung

Die Erleichterung über die Erfolgsmeldungen bei der Impfstoffentwicklung dürfte in Frankfurt weitaus größer gewesen sein als in den Armenvierteln von Dhaka oder Nairobi. Ob von dem Impfstoff etwas für die Länder des Südens abfällt ist noch völlig ungeklärt. In der Berichtserstattung fand der Rest der Welt nicht mal mehr Erwähnung. Das ist nicht nur ungerecht, sondern auch unvernünftig, denn eine epidemiologische Erkenntnis gilt weiterhin: Es ist dann vorbei, wenn es für alle vorbei ist. Das weiß auch die Politik.

„Niemand ist sicher vor COVID-19, bevor nicht alle davor sicher sind. Selbst wer das Virus in seinen eigenen nationalen Grenzen besiegt, bleibt Gefangener dieser Grenzen, solange es nicht überall besiegt ist.“ Völlig zutreffend beschreibt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier das Wesen der Pandemie: Die Befreiung vom Virus bedarf eines globalen Handelns. Deutschland, Europa und alle anderen großen Industrienationen verhindern allerdings genau das. Eine kleine Gruppe reicher Länder, die 13 Prozent der Weltbevölkerung repräsentieren, hat sich bereits mehr als die Hälfte der zukünftigen Versorgung mit führenden COVID-19-Impfstoffen gesichert, berichtet Oxfam. Konkret haben die reichen Länder bereits mehr als

fünf Milliarden Dosen von Impfstoffen aus den Kandidatenländern gekauft oder sind dabei, sie zu kaufen, bevor die klinischen Studien abgeschlossen sind. Weniger als 800 Millionen Dosen sind für die ärmsten Länder der Welt vorgesehen, berichtet die Duke University in einer kürzlich veröffentlichten Studie. Auch Deutschland hat solche Exklusivverträge abgeschlossen.

Nimmt man die richtungsweisenden Entscheidungen seit Beginn der Pandemie genauer in den Blick, wird schnell deutlich, dass die Industrienationen an einer neoliberalen Politik festhalten, die das Recht auf Gewinn für Unternehmen gegen die Menschenrechte, konkret den gerechten und gleichen Zugang zu den Impfstoffen, absichert. Diese Ordnung wird mit aller Gewalt verteidigt und das ist durchaus wörtlich zu verstehen: Betrachtet man das Ringen um die kommenden Impfstoffe, zeigt sich, wie die Krise gelöst werden soll – auf Kosten der Armen. Die Nebenwirkungen sind tödlich und werden auch die wirtschaftliche, geographische und soziale Ungleichheit dramatisch vergrößern. Es droht die Restaurierung der Zweiteilung der Welt in Nord und Süd, auch wenn deren Überwindung verbal immer wieder bekräftigt wird.

An Alternativen mangelt es indes nicht. Kürzlich beantragten die Regierungen von Indien (mit 115.914 Corona-Toten weltweit auf Platz drei) und Südafrika, das wie kein anderes afrikanisches Land von der Corona-Pandemie betroffen ist, bei der Welthandelsorganisation [WTO, nicht zu verwechseln mit der Weltgesundheitsorganisation WHO] eine Ausnahmeregelung im TRIPS-Abkommen von 1995, in dem die handelsbezogenen Aspekte des geistigen Eigentum geregelt werden. Gebraucht werde, argumentieren Indien und Südafrika, eine grundlegende und umfassende Aussetzung der Regelungen, bis die Weltbevölkerung eine Immunität gegen das Virus entwickelt hat.

Vorstoß von Indien und Südafrika

Das umkämpfte und bis heute umstrittene TRIPS-Abkommen wurde 1995 auf Initiative der Industrienationen und internationaler Unternehmen wie Microsoft geschlossen. Explizites Ziel war es, Einwände aus den Ländern des globalen Südens bei vorherigen Handelsrunden auszubooten. Doch das Abkommen sieht Ausnahmeregelungen vor, die es im Falle eines Gesundheitsnotstandes gestatten, über sogenannte Zwangslizenzen oder Parallelimporte Medikamente oder einen Impfstoff unter Umgehung des Patentschutzes kostengünstig und lokal herzustellen. Der von Südafrika und Indien nun vorgeschlagene „Waiver“, also eine Verzichtserklärung, geht weiter als die vorgesehenen Ausnahmeregelungen. Schon bei der ersten Aussprache im Oktober 2020 lehnten alle großen Industrienationen, darunter die gesamte EU, den Vorschlag ab. Es wird zwar weiter verhandelt, aber die Mehrheitsverhältnisse geben wenig Anlass für Optimismus. Da es außer Zweifel steht, dass es sich bei der Covid-19 Pandemie um einen gesundheitlichen Ausnahmezustand handelt, muss es andere Gründe für diese

Blockadehaltung geben: Die Interessen der Pharmaindustrie haben Vorrang.

Dabei mangelt es nicht an Erfahrungen, wie verheerend es sich auswirkt, wenn die globale Gesundheitspolitik ihnen folgt. Schon während der HIV-Aids-Pandemie der 1980er Jahre – die keineswegs vorbei ist, an der Krankheit sterben jährlich weiterhin mehr als eine halbe Million Menschen – argumentierten Industrienationen und die Pharmaindustrie, dass ein starker Patentschutz zur Förderung von Innovationen nötig sei. Dieser Erklärungsversuch hält sich hartnäckig im öffentlichen Bewusstsein und ist wohl einer der größten Werbeerfolge der Pharmaindustrie. Dabei gibt es keinerlei Evidenz. Infolge der Patentregelung, für die TRIPS nur beispielhaft steht, musste jahrelang jede

Es droht die Restaurierung der Zweiteilung der Welt in Nord und Süd, auch wenn deren Überwindung verbal immer wieder bekräftigt wird.

Kostensenkung in weltweit vernetzten politischen Kämpfen erstritten werden. Zehntausende starben wegen der hohen Kosten für Medikamente allein an Aids. Die Politik hat dennoch beschlossen, aus diesen Erfahrungen nichts zu lernen. Die Regierungen der Welt stellen Milliarden für Forschung und Entwicklung bereit, alleine die EU ist mit 6,5 Milliarden Euro dabei. Das sind größtenteils öffentliche Mittel, von denen große Summen an die Pharmaindustrie gehen, ohne dass die Preispolitik für den künftigen Impfstoff im öffentlichen Interesse geregelt wurde.

Ähnliches ereignete sich im Rahmen der WHO. Auch hier wird um alternative Wege gerungen. Die WHO hatte schon sehr früh die Gefahr erkannt, dass das bestehende Patentregime Innovationen eher behindert als begünstigt. Aus diesem Grund kündigte sie auf Initiative von Costa Rica im Juni die Gründung des COVID-19 Technology Access Pools [C-TAP] an. Der C-TAP soll eingerichtet werden, um Patente und alle anderen Formen von geistigem Eigentum wie Know-how, Daten, Geschäftsgeheimnisse, Software zu sammeln und den Technologietransfer zu unterstützen. Die Schaffung eines Patentpools hat bereits bei der Bekämpfung des HIV-Virus gezeigt, dass solche Verfahren durchgesetzt werden können und erfolgreich sind. Heute ist das gesamte geistige Eigentum der von der WHO empfohlenen Behandlungen von HIV an den Patentpool lizenziert.

40 Länder haben die C-TAP-Initiative unterstützt. Es sind fast ausnahmslos Länder aus dem globalen Süden. Fast alle Länder, in denen Pharmaunternehmen ansässig sind, sind jedoch nicht dabei. Die Reaktion der Pharmaindustrie selbst ließ auch nicht lange auf sich warten: Das Pharmaunternehmen Pfizer hält den Vorschlag für „gefährlich“ und für „Unsinn“, AstraZeneca empfiehlt, die Pharmaindustrie sollte auf „freiwilliger Basis einige ihrer Produkte ohne Profitinteresse abgeben“. Faktisch alle Industrienationen haben sich dieser Haltung angeschlossen und setzen auf ein Gegenmodell: ACT („Tu was!“), kurz für „Access to COVID-19 Tools“, ist ein klassisches Projekt privat-öffentlicher Zusammenarbeit. Beteiligt sind Regierungen und die Industrie, Impfallianzen und philanthropische Stiftungen, vor allem die Bill & Melinda Gates Stiftung. Der wichtigste Unterschied zur WHO-Initiative liegt darin, dass bei ACT die Frage der Patente unangetastet bleibt. Diese Allianz bietet vor allem den privatwirtschaftlichen Akteuren einen Raum, Wohltätigkeit zu insze-

nieren und dabei die Frage der öffentlichen Güter auszuklammern.

Global reden, national handeln

Eine Gesundheitsforschung, deren Anreiz allein die Aussicht auf ein Patent ist, schließt genau jene Menschen vom Zugang zu Arzneimitteln aus, die sie am dringendsten benötigen. Die Länder des Südens geraten durch ACT in Abhängigkeit von humanitären Gesten der Industrienationen und müssen sich bei der Verteilung des Impfstoffs hinten anstellen. Würden die politischen Rahmenbedingungen dafür geschaffen, medizinisches Wissen und seine Endprodukte als Gemeingut der Menschheit zu behandeln, könnten Impfstoffe gerecht an diejenigen verteilt werden, die sie am dringendsten brauchen, zum Beispiel Gesundheitsarbeiterinnen in den Armenvierteln von Nairobi, Rio oder Hamburg-Veddel. Für das Gesundheitspersonal sind allerdings zunächst nur 3% der Impfdosen vorgesehen.

Gefordert ist die Entwicklung eines Konzepts, das Arzneimittel und andere unentbehrliche Bereiche der Daseinsvorsorge als öffentliche Güter begreift und prinzipiell vom Patentschutz ausnimmt. Die Haltung der Industrienationen und der Bundesregierung zeigt, wie kümmerlich der viel beschworene Multilateralismus Deutschlands und Europas in Wahrheit ist. Er ist nicht viel mehr als die Summe von Nationalismen der dominanten Staaten, verpackt in schöne Worte ohne Bedeutung.



Anne Jung ist Referentin für globale Gesundheit und Leiterin der Öffentlichkeitsarbeit von medico international.

KAMPAGNE

FÜR DIE AUFHEBUNG DES PATENTSCHUTZES AUF ALLE UNENTBEHRLICHEN MEDIKAMENTE!

MEDIKAMENTE FÜR ALLE

„Auch wenn wir in Deutschland noch in einer sehr privilegierten Position sind und der Staat auch teurere Impfstoffe bezahlen kann, ist vielen klar geworden, dass Gesundheit eine globale Frage ist. Es wird so deutlich wie lange nicht, dass der Zugang zu Gesundheitsprodukten öffentlich sein muss und dass Privatinteressen nicht verhindern dürfen, dass Menschen das bekommen, was sie benötigen.“ Sagt Jörg Schaaber von der BUKO Pharma-Kampagne im medico-Interview. Neben vielen anderen aktuellen Texten zur Pandemie nachzulesen im Corona-Dossier unter:

www.medico.de/corona-dossier

PATENTE TÖTEN

Der von medico gemeinsam mit Organisationen aus über 30 Ländern lancierte Aufruf „Patente töten“ fordert von den Regierungen eine an den Gesundheitsbedürfnissen der Menschen ausgerichtete Politik, die Arzneimittel als globale öffentliche Güter behandelt und die Macht von Pharmaunternehmen im öffentlichen Interesse begrenzt. Für die Aufhebung des Patentschutzes auf alle unentbehrlichen Medikamente!

JETZT BETEILIGEN: WWW.MEDICO.DE/PATENTE-TOETEN

Projekte Projektionen

Ende des Schweigens

Haiti: NGOs machen gemeinsam
Druck auf die EU

Die 22-jährige Evelyn Sincère ist das jüngste von 162 Opfern einer Entführungswelle, die Haiti erschüttert. Seit sie in Port au Prince tot aufgefunden wurde, demonstrieren Frauengruppen gegen die Gewalt, die fast immer straflos bleibt. Sie protestieren damit auch gegen den politischen Stillstand, der von der internationalen Gemeinschaft in einer Mischung aus Desinteresse und Berechnung gestützt wird. Seit knapp einem Jahr regiert der umstrittene Präsident Jovenel Moïse per Dekret. Um seine Macht zu sichern, will er die Verfassung ändern und setzt die juristischen Institutionen unter Druck. Im Oktober 2020 haben 82 in Haiti tätige Nichtregierungsorganisationen von der EU ein Ende der Unterstützung des Präsidenten verlangt. Auch medico hat den Aufruf unterzeichnet. Zugleich unterstützt medico ein grenzübergreifendes Netzwerk von Aktivist*innen: GARR bemüht sich vor allem um die Rechte haitianischer Arbeitsmigrant*innen in der Dominikanischen Republik.



Foto: HaitiSoccer

Die Fußballnationalmannschaft Haitis protestiert gegen die Entführungen.

Spendenstichwort: Haiti

Desaster auf Desaster

Philippinen: Erneut hat ein Taifun verheerende Schäden angerichtet

So wie Nothilfemaßnahmen nicht auf Dauer angelegt sind, ist auch die Zusammenarbeit mit lokalen Nothilfepartner*innen meist zeitlich begrenzt. Mancherorts wüten Naturgewalten aber inzwischen so häufig, dass Katastrophenhilfe zur beständigen Aufgabe wird. Auf den Philippinen zum Beispiel hat medico die Arbeit der Organisation Samahang Operasyong Sagip (SOS) in Folge verheerender Wirbelstürme und Überschwemmungen in den Jahren 2009, 2012, 2013, 2016, 2018 unterstützt. Hinzu kommen mehrjährige Wiederaufbau- und Rehabilitationsprogramme sowie Projekte zur gemeindebasierten Katastrophen- und Erdbebenprävention. Jetzt verlängert ein neuerliches Desaster die Kette. Anfang November 2020 verwüstete der Taifun Rolly (international: Goni) mit zerstörerischen Winden und massiven Regenfällen viele Provinzen. Nach einer Erkundungsreise entschied SOS, die Nothilfe auf zwei Gebiete zu konzentrieren, die stark getroffen sind, aber weniger im Fokus großer Hilfsakteure stehen. Zunächst geht es darum, die ärgste Not durch Nahrungsmittelhilfen zu lindern, im nächsten Schritt um die Instandsetzung beschädigter Häuser und einen gerechten Wiederaufbau. Ob in den bürgerlichen Communities oder den vom Fischfang lebenden Dörfern – bei ihren Aktivitäten vor Ort kooperiert SOS eng mit den gemeindebasierten „People’s Organizations“. Und immer geht es auch um einen politischen Wandel, der dazu beiträgt, die Anfälligkeit für Katastrophen zu mindern.

Spendenstichwort: Nothilfe



Auf der Flucht vor den türkischen Angriffen 2018 in Afrin.

Straflosigkeit beenden

Nordostsyrien: Verletzungen von Menschenrechten verfolgen

Immer wieder haben medico-Partnerorganisationen in Rojava auf die Menschenrechtsverletzungen hingewiesen, die vor allem während der türkischen Angriffe auf die Region von Militär und islamistischen Söldnertruppen begangen wurden: von den völkerrechtswidrigen Besetzungen sowie nachfolgenden Vertreibungen über Folter und Hinrichtungen kurdisch-syrischer Politiker*innen bis zum Beschuss ziviler Nothelfer*innen in Kriegssituationen. Obwohl inzwischen ein UN-Bericht zu Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten vorliegt, sind diese bisher nicht auf internationaler Ebene strafrechtlich verfolgt worden. Das will die Organisation Rights Defense Initiative (RDI) ändern. In Qamişlo und Hasakeh organisieren Jurist*innen und Menschenrechtsaktivist*innen die Beweisaufnahme, Dokumentation und Verfolgung eben dieser Verbrechen. Damit all das den hohen juristischen Standards internationaler Menschenrechtsarbeit entspricht, fand, unterstützt von medico, in Qamişlo ein Workshop mit internationalen Expert*innen statt. Ausgehend davon entwickelt RDI die Verfahren weiter – damit Recht wird, wo Unrecht war.

Spendenstichwort: Rojava

Begehren nach einer anderen Freiheit

A woman in a green jacket and red top is celebrating, holding a champagne glass high in her right hand and a Chilean flag in her left. She has a joyful expression with her mouth open. In the background, other people are visible, some wearing face masks, suggesting a public gathering or protest.

Freudentaumel nach dem klaren Ja zu einer neuen Verfassung für Chile.

Warum eine neue Verfassung in Chile mehr ändert, als es den Anschein hat

Von Katja Maurer

Der Spielfilm des chilenischen Regisseurs Pablo Larraín „No“ erzählt die Geschichte des Plebiszits von 1988. Damals gewann das „No“, das Nein, und beendete formell die Herrschaft des seit 1973 herrschenden Diktators Pinochet. Der Film ist deshalb erwähnenswert, weil er darüber nachdenkt, warum man trotz des Pinochet-Abtritts noch immer in keiner anderen Zeit lebt. Er stellt die Frage, ob es daran liegt, dass das Referendum nicht politisch, sondern nur wegen der besseren und moderneren Werbung gewonnen hat. Slogans wie „La alegría ya viene“, „Die Freude steht vor der Tür“, und ziemlich lustige Werbespots verhalfen der Kampagne damals zu einem knappen Sieg. Am Ende des Filmes steht die Hauptfigur, ein Werbefachmann, vor einer Gruppe einflussreicher chilenischer Geschäftsleute, um sein nächstes Werbeprojekt vorzustellen. Er steht vor den gleichen Leuten, die zuvor noch Pinochet unterstützt hatten. Für sie hat das „NO“ allein wegen des besseren Marketing-Konzeptes gewonnen und sie hieven den Zuständigen auf einen Direktorenposten. Ergo: Alles ist käuflich – auch die Opposition.

Heute sprechen viele davon, dass eigentlich das „Sí“ damals gewonnen habe. Denn an den durch die 1979 verabschiedete Verfassung installierten Machtstrukturen hat sich seit der Absetzung Pinochets fast nichts geändert. Nun aber, 30 Jahre später, haben die Chileninnen

und Chilenen in einem überwältigenden Ergebnis mit knapp 80 Prozent der Stimmen für eine neue Verfassung und eine neu zu wählende verfassungsgebende Versammlung gestimmt. Sie hatten die Wahl und haben die neoliberalste Verfassung der Welt abgewählt.

Bisher nämlich legt die Verfassung die neoliberale Ordnung als Grundprinzip fest. Der chilenische Rechtswissenschaftler Jaime Bassa beschreibt das so: Die bisherige Verfassung verlange immer eine „Wahlfreiheit“. Jedes Individuum müsse zwischen einem öffentlichen und einem privaten Gesundheitssystem, öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen oder öffentlichem und privatem Wohnen etc. wählen dürfen. Und nicht nur das: Sie gibt den privaten Betreiber*innen den Vorrang. Als kürzlich die Kommune von Santiago eine Buslinie einrichten wollte, die in der Infrastruktur der Verkehrsmittel fehlte, klagten die privaten Verkehrsmittelbetreiber dagegen, obwohl sie dort keine Buslinie einsetzen wollten, und bekamen Recht. Der Vorrang der Privatwirtschaft, so das Urteil, gelte auch auf die Zukunft hin. Wenn nicht jetzt, dann wolle sie möglicherweise später eine Buslinie einrichten. Der verfassungsmäßige Privatisierungswahn geht soweit, dass selbst das Wasser in Chile generell nur über privatwirtschaftliche Nutzungsrechte fließt. Wer Grund besitzt, muss die Wasserrechte dazu kaufen, sonst kann man

keinen Brunnen bauen. Städte und Kommunen verfügen nicht über die Wasserressourcen, die unter ihrem Grund und Boden fließen. Alles so in der Verfassung festgelegt. Das Verfassungsgericht hütet diese Paragrafen wie seinen Augapfel. Weshalb auf den Demonstrationen, die Chile bis Corona in einen kompletten Ausnahmezustand versetzten, immer wieder seine Abschaffung gefordert wurde.

Die bisherige Verfassung ersetzt universelle Rechte durch individuelle „Zugangsrechte“. Sie garantiert beispielsweise das Vorhandensein von gesundheitlichen Leistungen, nicht aber das Recht auf Zugang. Wer sie wie nutzt, bleibt dem Geldbeutel überlassen. Alle Reformbemühungen der linksliberalen Concertación-Regierungen in den vergangenen 30 Jahren bewegten sich immer im Rahmen dieses Verfassungssystems. So forderten die Student*innen 2011 in Massenprotesten öffentliche Universitäten. Heraus kamen lediglich öffentliche Stipendien, die das Studieren an privaten Einrichtungen möglich machten. Wieder wurden öffentliche Gelder in private Institutionen umdirigiert, die zum Teil den alten reichen Familien gehören. Ähnlich beim Aufstand der Schüler*innen 2006 – der sogenannten Pinguine. Auch sie wollten öffentliche Schulen und bekamen mehr individuelle Stipendien. Also keine Lösung, nur Pflaster auf die Wunde.

Aber offenbar vergessen sich diese Kämpfe nicht. Denn im Oktober 2019 trat die nächste Generation der Schüler*innen an, um mit zivilem Ungehorsam gegen die Fahrpreiserhöhungen der Metro anzukämpfen und einen Protest von Millionen loszutreten, der sich am 18. Oktober diesen Jahres zum Jahrestag des „Estallido social“, des sozialen Aufstandes, wieder in einer Großkundgebung präsentierte.

Dass sich die unterschiedlichen Motive der Empörung in Verfassungsfragen wiederfinden,

liegt daran, dass diese Verfassung mit ihren Normen auch die Normalisierung einer „bestimmten Art des Zusammenlebens definiert, die wir heute nicht mehr in Frage stellen“, so der Rechtswissenschaftler Jaime Bassa. Die Entsolidarisierung, Individualisierung und Entpolitisierung der chilenischen Gesellschaft ist eben in dieser Verfassung begründet. „Der moderne Konstitutionalismus“, so Bassa, „betrachtet das Recht als eine juristische Frage und nicht als eine der sozialen Beziehung.“ Eine Sache von Expert*innen. Akteure in der bisherigen Verfassung sind entweder der Staat oder der Markt. Grundrechte aller, Gemeinwohl, genossenschaftliche Wirtschaftsformen – nichts davon kommt in der Verfassung vor. Sie ist eine einzige Vorlage für Privatisierungsexzesse.

Versuche, die Verfassung zu ändern, wie unter Präsidentin Bachelet, scheiterten nicht nur an der rechten Opposition und den Christdemokrat*innen, die der Concertación angehören, sondern auch an alten Pinochet-Gegner*innen

Jahrzehntelang galt ein
Patt zwischen Rechts und
Links. Erstmals ist die
Elite isoliert.

in der Regierung, die aber mittlerweile von der in der Verfassung verankerten Umverteilung vom Öffentlichen ins Private profitiert hätten, so Bassa. Es geht schlicht um ökonomische Interessen – und das disqualifiziert in den Augen der Demonstrant*innen die gesamte politische Klasse. Wie man reich werden kann, dafür gibt es unzählige Beispiele. Hier eines: Die Rentenversicherung wird von den Banken über Rentenfonds verwaltet. Die rein privaten Zwangszahlungen, die alle leisten müssen, die einen

Arbeitsvertrag besitzen, haben für die Fondsbetreiber*innen den wunderbaren Effekt, dass die Verluste von den künftigen Rentnerinnen und Rentnern zu tragen sind, während die Gewinne größtenteils bei den Fondsbetreiber*innen bleiben. Natürlich zahlen Arbeitgeber*innen keinen Pfennig in die Versicherungen. Als jetzt das Parlament beschloss, dass 10 Prozent dieser Einzahlungen vorzeitig abgehoben werden können, um wenigstens die schlimmsten Folgen der Corona-Pandemie abzufedern, ging das nur, weil es die Entscheidung in Form einer Verfassungsänderung verabschiedete.

Die Freiheit, nur verstanden als Freiheit des Konsums – nirgendwo hat sie so fröhliche Urständ gefeiert wie in Chile, bis die Überschuldung der Bevölkerung zu einem bösen Erwachen führte. Eine der wichtigsten Erfahrungen der Protestierenden bestand darin, dass sie plötzlich das Gemeinsame der individuellen Verschuldung entdeckten, was auch einer Befreiung von individueller Scham über das vermeintlich eigene Scheitern gleichkam.

Eine neue Verfassung tut dringend not. Sie wäre ein Riesenschritt, sich endlich aus dem Schatten der Diktatur zu befreien. Trotzdem hatte der Referendumsplan etwas Anrühliches. Das Parlament beschloss ihn auf dem Höhepunkt der Aufstandsbewegung, um das Ruder wieder in die Hand zu bekommen. Es gab keinen Versuch, die Bewegung einzubeziehen, was damit begründet wurde, dass sie ja gerade auf Führer*innen explizit verzichtete.

Nun aber werden die Karten neu gemischt. 80 Prozent für eine neue Verfassung sind auch deshalb eine Hausnummer, weil bislang für Chile galt, dass es zwischen Rechts und Links ein unüberwindliches Patt gibt. Nun aber zeigen die Karten der Referendumsergebnisse die ganze Wahrheit. In Santiago stimmten nur die drei reichsten Viertel für die Beibehaltung der alten

Verfassung. So einsam war es selten für die herrschende Klasse.

Es bleiben viele Fragen offen. Trotzdem werden spätestens die Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung im nächsten Jahr Anlass für die Bewegung sein, ihre Forderungen durchzusetzen. Dabei geht es um die Anerkennung von Gesundheit, Bildung, Wohnen und Naturressourcen als öffentliche Güter genauso wie um reproduktive Rechte und die Anerkennung der Pluralität der Lebensformen – und nicht zuletzt um einen Plurinationalismus, der die indigenen Völker in ihr Recht setzt. Die alles übergreifende Frage lautet: Lassen sich in einem neoliberalen Modellland wie Chile kollektive und universale Grundrechte und Formen des Gemeinguts zurückerobern? Sie ist weit über Chile hinaus von Bedeutung.



Katja Maurer hat den Putsch in Chile als einschneidendes Erlebnis ihrer eigenen politischen Sozialisation erlebt. Seitdem verfolgt sie die dortige Entwicklung auch mit vielen Texten im Rundschreiben.

medico unterstützt seit vielen Jahren in Chile die Menschenrechtsarbeit. Nun sind wir in Kontakt mit einer Gruppe von Ärzt*innen und Gesundheitsarbeiter*innen, die am Rande der Demonstrationen Erste Hilfe leisten. Siehe dazu auch das Porträt des chilenisch-deutschen Intensivmediziners Pablo Lopez: www.medico.de/chile-interview

Spendenstichwort: Chile

Jenseits von Geld und Be- ton

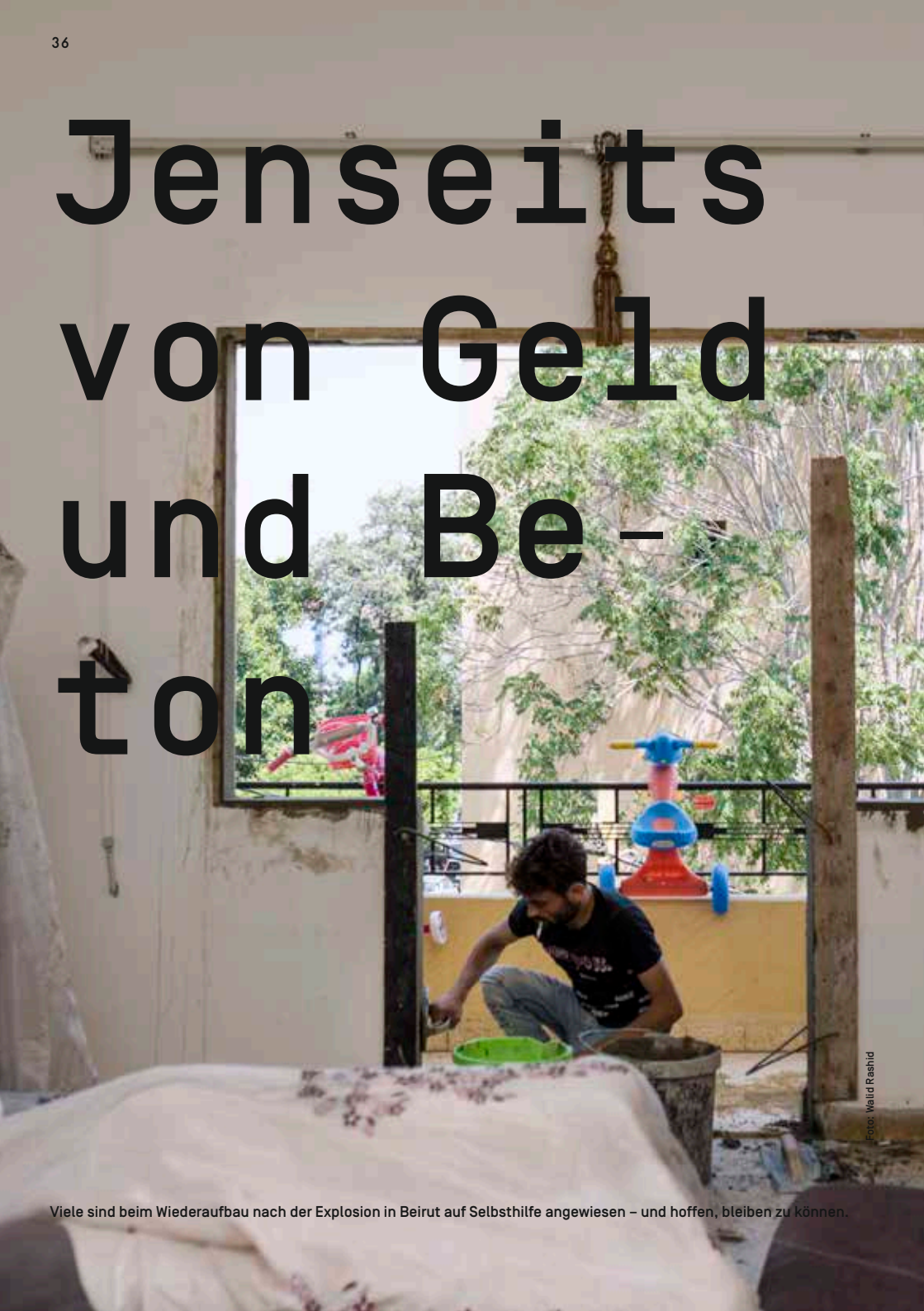


Foto: Walid Rashid

Viele sind beim Wiederaufbau nach der Explosion in Beirut auf Selbsthilfe angewiesen – und hoffen, bleiben zu können.

Nach der Explosion: Beiruts Recht-auf-Stadt-Bewegung kämpft für einen Wiederaufbau von unten

Von Mario Neumann

Es war eine kleine Provokation des französischen Marxisten Henri Lefebvre, dass er im Jahr 1968 den einhundertsten Geburtstag von Marx' Kapital mit einer Schrift über „Das Recht auf Stadt“ würdigte, anstatt über das revolutionäre Weltproletariat zu philosophieren. Das Städtische, das urbane Leben stand für ihn im Zentrum einer aktuellen Kritik der kapitalistischen Gesellschaft, aber eben auch ihrer Veränderung. Eines seiner Argumente ist seither zu einem Leitgedanken der globalen Recht-auf-Stadt-Bewegung geworden: Die Stadt ist nicht nur eine Schöpfung der Planenden und Regierenden, sie wird gleichermaßen von unten produziert, von denen, die sie bewohnen und mit Leben füllen.

Wie aber kann man diese Feststellung auf eine Situation anwenden, in der eine Stadt in die Luft fliegt – wie Teile Beiruts am 4. August 2020? Nach UN-Angaben wurden durch die Explosionen 200.000 Wohneinheiten in insgesamt 30.000 Häusern beschädigt. Hunderte Menschen starben, Tausende wurden verletzt, viele trugen bleibende körperliche Schäden davon. Doch die Explosion in Beiruts Hafen hat eben nicht nur Menschen getötet, Häuser zerstört und Fensterscheiben zerbrochen. Nicht nur die Orte alltäglicher Begegnungen, sondern auch die sozialen Netze und informellen Verbindungen liegen am Boden: das, was zwischen den Menschen ist und dessen Schauplatz die Stadtteile und Nachbarschaften sind. Alltägliche Ab-

läufe und Routinen sind unterbrochen, Menschen haben die Viertel temporär oder für immer verlassen, viele Überlebensstrategien funktionieren nicht mehr. Doch gerade die Bewohner*innen der ärmeren Stadtteile, die oft in informellen Arbeits- und Wohnverhältnissen leben, sind auf all das angewiesen. Bei vielen hängt von den sozialen Verbindungen beinahe die gesamte Existenz ab.

Können Hilfe und Politik diese Probleme beantworten? Können sie so sensibel sein, all das zu sehen, was sich nicht mit Geld, Baukränen und Beton allein lösen lässt, und eine Alternative jenseits eines neoliberalen Wiederaufbaus ermöglichen? Beiruts Recht-auf-Stadt-Bewegung versucht es. „Die Vorstellung von einem Recht auf Stadt entspringt nicht vorrangig irgendwelchen intellektuellen Interessen und Modeerscheinungen. Sie erhebt sich ursprünglich aus den Straßen und Stadtvierteln, als Ruf der Unterdrückten nach Hilfe und Unterstützung in verzweifelten Situationen“, schreibt der amerikanische Kapitalismuskritiker David Harvey in seinem Buch „Rebellische Städte“. So ist es auch im Beirut nach der Explosion.

Beim Wiederaufbau geht es um Demokratie und eine politische Idee, die weiter reicht als humanitäre Hilfe und Fassadenpolitik. Sie muss die Viertel vor einem finanzmarktgetriebenen Ausverkauf und Vertreibung bewahren und gleichzeitig dazu beitragen, dass das Leben in den

Stadtteilen wiederhergestellt und im bestmöglichen Sinne erneuert werden kann. „Folglich ist es wichtig, nach Gewalttaten oder Brüchen die sozialräumlichen und wirtschaftlichen Netzwerke aus der Zeit vor der Katastrophe zu berücksichtigen, die die Menschen durch ihre Praktiken und Erinnerungen mit einem Ort verbinden. Der Prozess des städtischen Wiederaufbaus muss über die Wiederherstellung hinausgehen, um städtische Ungerechtigkeiten anzugehen. Er muss daher in einem von unten nach oben gerichteten und sozial gerechten Rahmen ablaufen“, schreiben die Stadtforscher Howayda Al-Harithy und Batoul Yassine in einem Gastbeitrag beim medico-Partner „The Public Source“.

Doch die Sorge vieler Bewohner*innen Beiruts ist groß, dass genau dies nicht geschehen wird. Sie gründet sich auf die Erfahrungen des letzten Beiruter Wiederaufbaus nach dem Bürgerkrieg. Das ehemalige „Paris des Nahen Ostens“ bestand 1990 fast nur noch aus Trümmern. Dem später ermordeten Premierminister Rafik Hariri gehörte das Bau- und Immobilienunternehmen Solidere – eine ganz außergewöhnliche Art der Public-Privat-Partnership. Solidere sollte Hauptakteur des „Wiederaufbaus“ werden. Das Zentrum ist zu einer sozial morbiden Shoppingmall mit Wolkenkratzern, Büros, Tiefgaragen und einer überdimensionierten Moschee umfunktionierte worden. Durch Vertreibungen und Enteignungen durchlebten ärmer geprägte Viertel eine Transformation in Orte luxuriöser Wohnkomplexe und Privatkliniken. Aber auch für Student*innen, Tourismus, Gastronomie und Clubs wurde das Zentrum zum Anziehungspunkt. Leidtragende waren die Einwohner*innen. In einer GEO-Dokumentation aus jenen Jahren sagt der Bürgerkriegsflüchtling Samir Wamod: „Die Granaten und Bomben konnten uns in all den Jahren nicht vertreiben, nun müssen wir gehen.“ Der Wiederaufbau finalisierte also die Katastrophe, anstatt ihre Schäden zu beheben.

Spiegel der Geschichte

Auch die jüngste Geschichte der Stadtteile rund um den Hafen ist von neoliberalen Prozessen geprägt, die sich nun zu verschärfen drohen. Die weltweit bekannten Kräfte der Finanzialisierung der Bau- und Immobilienwirtschaft und die ihr verwandten Erscheinungen – Gentrifizierung, Stadttourismus, Spekulation und Vertreibung – zeigen sich vielleicht am deutlichsten im Ausgeh- und Kneipenbezirk Mar Mikhael. Hier hat eine komplett suspendierte Stadtplanung junge erlebnishungrige Menschen auf eine alte Bevölkerung losgelassen, die sich irgendwann nur noch mit Beleidigungen und Wassereimern zu verteidigen wusste. Von der Explosion im August am schlimmsten getroffen wurde der benachbarte arme Stadtteil Karantina. Das Viertel war zu Zeiten des Osmanischen Reiches eine Quarantäneeinrichtung des Hafens. Im frühen 19. Jahrhundert kamen viele Arbeiter*innen vom Land, später wurde es auch ein Zuhause für Armenier*innen, Kurd*innen und Palästinenser*innen, die nach dem Völkermord an den Armeniern 1915, dem Ersten Weltkrieg und der Nakba von 1948 hier Zuflucht suchten. Nach 2011 kamen auch viele syrische Flüchtlinge in das durchmischte Arbeiter*innenviertel. Schon das Massaker von Karantina in der Frühphase des libanesischen Bürgerkriegs, angerichtet durch christliche Milizen, hat erhebliche Schäden in dieser Sozialstruktur angerichtet. Nun droht eine weitere Geschichte der Verdrängung.

Der Wiederaufbau Beiruts findet in einem hochkomplexen sozialen und politischen Umfeld statt, in dessen Folge viele bereits marginalisierte Menschen von Verdrängung und Vertreibung betroffen sein werden. Gleichzeitig beteiligen sich die staatlichen Institutionen, statt regulierend zu wirken, an Kapitalspekulation und Verdrängung von Menschen aktiv. In dem (international finanzierten) Wiederaufbau sehen

sie eine lukrative Einnahmequelle. Auch der stagnierende Bau- und Immobiliensektor wittert neue Profite. Gerüchte über Vertreibungsversuche kursieren seit den ersten Tagen nach der Explosion und die Frage, welche Häuser nach welchen Kriterien zum Abriss (und damit zur Vertreibung ihrer Mieterschaft) freigegeben werden, ist ein Politikum.

Neuer medico-Partner: Public Works

Die Ursachen der Explosion sind tief in den politischen Strukturen des Landes verwurzelt. Über akute Notlagen hinaus hat sie größere und langfristige politische Implikationen. Der Wiederaufbau ist ein politischer Prozess und viele der darin liegenden Probleme lassen sich nicht mit bloß humanitären Antworten lösen. medicos neuer Partner Public Works vernetzt Aktivist*innen, Urbanist*innen und Stadtplaner*innen. Das Kollektiv versucht, das stadtpolitische und stadtplanerische Wissen für die konkreten politischen Auseinandersetzungen nutzbar zu machen und die Vernetzung von Nachbarschaftskomitees und Aktivist*innen zu koordinieren. Nach den Explosionen begann Public Works direkt mit der Arbeit in den besonders betroffenen Stadtvierteln Karantina, Mar Mikhayel, Gemmayze, Geitawi, Al-Rum, Fassouh, und Badawi. Lokale Komitees und Bewohner*innen werden unterstützt. Von Vorteil ist, dass das Netzwerk bereits seit Jahren in jenen Vierteln arbeitet. Diese Arbeit setzt Public Works nun unter viel intensiveren Bedingungen fort.

In den kommenden Monaten sollen vor allem drei strategische Aufgaben angegangen werden: Erstens das Monitoring der Schäden, aber auch von drohenden oder bestätigten Verdrängungen. Betroffene sollen anwaltliche Unterstützung erhalten und Zugang zu den vielzähligen Hilfsprojekten in der Innenstadt. Eine schnelle Vermittlung und Instandsetzung von

Wohnraum soll auch verhindern, dass Hausbesitzer und Investoren Gebäude als unbewohnbar deklarieren können. Zweitens sollen Bewohner*innen auf 15 „neighbourhood meetings“ ihre Prioritäten diskutieren und dokumentieren können. Ziel ist eine Art „Fahrplan“ für den lokalen Wiederaufbau, der ihre Bedarfe in den Vordergrund rückt. Um eine breitere Wirkung zu erzielen, wird Public Works drittens die Arbeit in den Stadtteilen durch eine Öffentlichkeitsarbeit begleiten. Diese soll die Entwicklungen in einen größeren politischen und ökonomischen Kontext rücken sowie systematische Verdrängung korrupter Strukturen offenlegen und verantwortliche Entscheidungsträger*innen benennen. „Die Freiheit, uns selbst und unsere Städte zu erschaffen und immer wieder neu zu erschaffen, ist eins der kostbarsten und dennoch am meisten vernachlässigten unserer Menschenrechte“, schreibt David Harvey. In Beirut ist diese „Freiheit“ gegenwärtig eher eine umkämpfte Notwendigkeit. Nichtsdestotrotz: Auch in der Beiruter Stadtpolitik wird um Menschenrechte gerungen.



Mario Neumann ist Pressereferent bei medico und u.a. zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit zum Libanon. Unmittelbar nach der Explosion Anfang August 2020 hat er die Partnerorganisationen von medico in Beirut besucht.

medicos Partnerorganisationen in Beirut streiten gemeinsam mit der libanesischen Zivilgesellschaft für politische Veränderung und Solidarität. Sie leisten die Unterstützung, die die Regierung nicht bietet. Es geht jetzt um Unterstützung bei einem Systemwechsel, der schon begonnen hat und dringender ist denn je.

Spendenstichwort: Libanon

Palästina 2030: eine Dystopie

Wie könnten Perspektiven palästinensischer Selbstbestimmung erhalten werden? Fragen an Muriel Asseburg



Foto: Privat
Dr. Muriel Asseburg ist Senior Fellow in der Forschungsgruppe Naher/Mittlerer Osten und Afrika der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin.

Wenn Sie ein Szenario für Palästina im Jahr 2030 entwerfen müssten, worauf würden Sie besonders hinweisen?

Das plausibelste Bild Palästinas in zehn Jahren ist das einer Dystopie. Ich gehe davon aus, dass die beiden Hauptkonflikte, die derzeit die Situation bestimmen, auch dann nicht gelöst sein werden: der israelisch-palästinensische Konflikt und die innerpalästinensische Spaltung, also die Auseinandersetzungen zwischen Fatah und Hamas. Das heißt aber nicht, dass es beim Status quo bleiben wird. Vielmehr erwarte ich eine fortschreitende Erosion der im Rahmen der Oslo-Friedensverhandlungen verabredeten Arrangements.

Wie könnte die Situation vor Ort aussehen?

2030 gäbe es keinen souveränen, lebensfähigen palästinensischen Staat. Das ohnehin nur nominell demokratische Regierungssystem der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) wäre zusammengebrochen. Das palästinensische Territorium wäre noch stärker fragmentiert als heute. Lokale „Strongmen“ würden einzelne Enklaven autoritär kontrollieren und hätten jeweils separate Arrangements mit Israel. Die PA hätte keine nennenswerte Funktion mehr, da ihre Kapazitäten und Zuständigkeiten extrem erodiert wären – oder sie wäre bereits Geschichte. Palästina wäre von starker Instabilität geprägt, radikale Splittergruppen wären gestärkt. Israel hätte große Teile der West Bank wiederbesetzt; die ansässigen Palästinenser*innen wären dort wieder unter direkter militärischer Besatzung, gleich, ob Israel die Gebiete de jure annektiert hätte oder nicht. Damit einhergehen würde eine beschleunigte Verdrängung der palästinensischen Bevölkerung aus strategischen oder ideologisch bedeutsamen Gebieten wie Ostjerusalem, dem Jordantal oder Hebron. Der Gazastreifen wäre noch stärker abgeschottet als heute und Jerusalem wäre von seinem palästinensischen Hinterland isoliert. Die internationale Präsenz wäre deutlich reduziert und würde sich in erster Linie auf humanitäre Akteure beschränken. Der Zugang für Menschenrechtsorganisationen, UN Fact Finding Missions, diplomatische Vertretungen, internationale

Beobachter*innen, Solidaritätsbewegungen und Aktivist*innen sowie internationale Medien wäre extrem eingeschränkt – vergleichbar dem, wie es heute schon im Gazastreifen der Fall ist. Damit fielen wichtige Schutzfunktionen für die palästinensische Bevölkerung weg.

Was würde das für die internationale Zusammenarbeit bedeuten?

Die Regelung der Palästinafrage wäre in diesem Szenario für internationale Akteure zunehmend irrelevant. Unterstützung Europas und der USA wäre reduziert auf humanitäre Hilfe, vor allem auf Nothilfe. Die Zusammenarbeit mit der palästinensischen Zivilgesellschaft, Städtepartnerschaften etc. fielen weitgehend weg, da die palästinensischen Akteure bei uns wegen Antisemitismus- und Terrorvorwürfen diskreditiert wären. Das UN-Flüchtlingshilfswerk UNRWA wäre delegitimiert und stark unterfinanziert. Damit hätten auch Verteilungskämpfe in Palästina und in den Hauptaufnahmelandern der palästinensischen Flüchtlinge zugenommen. Diese Entwicklungen hätten auch Auswirkungen auf Europa. Denn die junge palästinensische Generation sähe in Palästina keine Perspektive mehr; auch die Hoffnung auf gleiche Rechte in einem binationalen Staat [ein Ansatz, der als Alternative zur Zwei-Staatenregelung diskutiert wird; Anm. d. R.] wäre stark zurückgegangen. Die Folgen wären nicht zuletzt ein hoher Migrationsdruck und ein Nährboden für Radikalisierung bzw. ein Einfallstor für internationale jihadistische Rekrutierung.

Was muss getan werden, um die von Ihnen beschriebene Dystopie noch abzuwenden?

Ich finde es sehr wichtig zu betonen, dass wir uns nicht in einer griechischen Tragödie befinden: Diese Entwicklung ist nicht vorbestimmt. Sie kann durch ein entschiedenes Umsteuern verhindert werden. Dazu reicht es allerdings nicht, auf erneute Verhandlungen zu setzen, ohne die Rahmenbedingungen zu verändern. Es

muss vielmehr darum gehen, bei Verhandlungen die asymmetrische Machtsituation zwischen den Konfliktparteien auszugleichen – statt wie unter der Trump-Administration noch zu verstärken. Vor allem aber gilt es, auf die Kosten-Nutzen-Kalküle der beiden Führungen Einfluss zu nehmen. Besatzung, De-facto-Annexion und Verdrängung durch Israel dürfen dabei nicht normalisiert werden, sondern müssen hohe Kosten haben. Autoritäres Regieren auf Seiten der PA darf nicht hingenommen werden, sondern muss Folgen nach sich ziehen.

Welche Rolle sollte dabei die deutsche Politik einnehmen, die einerseits im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit der größte bilaterale Geldgeber für Palästina ist, sich aber andererseits mit politischen Forderungen zurückhält?

Ich halte drei Punkte für besonders wichtig: Erstens sollte Deutschland seine Politik konsistenter an den Prinzipien ausrichten, die durch die Zweistaatenregelung umgesetzt werden sollen. Das meint eine Regelung des Konflikts, die auf dem Selbstbestimmungsrecht beider Völker beruht, die individuelle Menschenrechte sowie die Sicherheit aller garantiert und die Flüchtlingsfrage so regelt, dass sowohl das individuelle Recht palästinensischer Flüchtlinge auf Rückkehr als auch die Interessen von derzeitigen und potentiellen Aufnahmestaaten, inklusive Israels, berücksichtigt werden. Konkret lässt sich daraus eine konsistente Differenzierung zwischen Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten ableiten, die sich in einem Umgang mit Siedlungsprodukten und Geschäftsbeziehungen mit Siedlungen niederschlagen müsste, der der völkerrechtlichen Position angemessen ist. Es würde auch beinhalten, sich Delegitimationskampagnen gegen Menschenrechtsverteidiger*innen klar entgegenzustellen sowie die Meinungs-, Wissenschafts- und Kunstfreiheit in Deutschland gegenüber solchen Kampagnen zu schützen. Und es würde

bedeuten, internationale Untersuchungen, etwa durch den Internationalen Strafgerichtshof, zu unterstützen statt sie verhindern zu wollen. Zweitens sollte Deutschland als größter bilateraler Geber seine Erwartungen gegenüber der PA klar ausbuchstabieren und Unterstützung nicht bedingungslos gewähren. An erster Stelle sollten dabei die Überwindung der internen Spaltung zwischen Fatah und Hamas sowie

Bei Verhandlungen muss die asymmetrische Machtsituation zwischen den Konfliktparteien ausgeglichen werden.

eine demokratische Erneuerung der palästinensischen Institutionen stehen. Dabei reicht es nicht, auf die Abhaltung von Wahlen zu drängen. Zunächst müssten Bedingungen für freie und faire Wahlen geschaffen werden, damit Wahlen die Spaltung nicht weiter vertiefen, sondern zu einer personellen Erneuerung führen und eine legitimierte palästinensische Führung mit breiter Akzeptanz hervorbringen können. Gleichzeitig müssen Deutschland und seine Partner*innen in der EU auch überprüfen, wo sie selbst einer Umsetzung dieser Forderungen im Wege stehen – etwa durch ihre „no contact policy“ gegenüber der Hamas. Drittens sollte sich Deutschland gemeinsam mit europäischen Partner*innen – hier bietet sich das Quintformat an, das Deutschland, Frankreich, Spanien, Italien und das Vereinigte Königreich umfasst – kurzfristig für vertrauensbildende Maßnahmen und mittelfristig für eine Konfliktregelung einsetzen. Dazu sollten sie, ausgehend von den bisherigen Erfahrungen und unter Einbeziehung Jordaniens, Ägyptens und der arabischen Golfstaaten und in Kooperation mit der nächsten US-Administration, auf einen geeigneten multi-

lateralen Rahmen für Verhandlungen hinarbeiten. Dazu würde gehören, Prinzipien für eine Verhandlungsregelung vorzugeben, eine robuste und unparteiische Vermittlung anzubieten, die Umsetzung eines Abkommens durch einen unabhängigen Überprüfungs- und Konfliktregelungsmechanismus zu begleiten und substantielle Sicherheitsgarantien vorzusehen. Im Vordergrund muss allerdings auch dann die Frage stehen, wie bei den Konfliktparteien der notwendige politische Wille zu einem tragfähigen Ausgleich mobilisiert werden kann. Dies dürfte ohne das Ausbuchstabieren konkreter Kosten im Falle von Nichtkooperation kaum gelingen.

Das Interview führte Katja Hermann, Leiterin des Westasien-Referats der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin.

Im Westasien-Dossier der Stiftung (www.rosalux.de/dossiers/westasien) ist das Interview Ende Oktober 2020 erschienen.

Im Westjordanland sowie im Gazastreifen werden die Bedingungen für die palästinensische Bevölkerung immer schwieriger. medico unterstützt Bauern- und Hirtenfamilien, deren Lebensgrundlagen im Jordantal und in den Hügeln südlich von Nablus durch Siedlergewalt sowie Landraub bedroht sind. Gegen diesen steht ihnen die Partnerorganisation Union of Agricultural Work Committees auch mit Rechts-hilfe bei. Die Physicians for Human Rights – Israel und das Al Mezan Menschenrechtszentrum im Gazastreifen helfen Patient*innen dabei, israelische Genehmigungen für dringend benötigte medizinische Behandlungen außerhalb der abgeriegelten Enklave zu erlangen. Außerdem verteidigt Al Mezan Einwohner*innen gegen Rechtsbrüche durch die Hamas (weitere Projekte in Gaza auf der Folgeseite).

Spendenstichwort Israel/Palästina



Alltag unter Pandemiebedingungen in Gaza.

KRISE UND ATEM

Von Gesundheit bis Menschenrechte: medico-Projekte im abgeriegelten Gaza-Streifen

Eingezwängt zwischen der israelischen Blockade und der religiös-autoritären Regierung der Hamas wächst die Bedrängnis der Bewohner*innen des Gaza-Streifens. Nachdem die Corona-Pandemie nun auch mit Wucht in der Enklave angekommen ist, verschärfen sich wirtschaftliche und soziale Nöte noch. All dem zum Trotz machen die medico-Partnerorganisationen weiter. Eine Auswahl: In Gesundheitszentren und mit Hausbesuchen kümmern sie sich um die Basisversorgung chronisch Kranker, mit der Anwaltschaft gegen Menschenrechtsverletzungen verteidigen sie Rechte. Lebensmittelhilfen helfen besonders bedürftigen Familien durch die akute Krise, psychosoziale Angebote unterstützen belastete Kinder und Jugendliche.

Einen anderen Weg geht das Künstler*innenkollektiv Shababek –Windows from Gaza for Contemporary Art. Es setzt darauf, die bedrückenden Lebensrealitäten mit den Mitteln der Kunst herauszufordern. Aktuell ermöglicht es Shababek 15 jungen Künstler*innen in Gaza-City, gemeinsam die Frage zu erkunden, „was es im Jahr 2020 bedeutet, palästinensische Bürger*in zu sein“. Es geht um andere Perspektiven, für Gaza und über Gaza, aber auch um neue Blickwinkel einer internationalen Öffentlichkeit auf Gaza. Shababek beschreibt es so: „Der Raum um uns herum mag begrenzt sein. Unsere Ideen sind es nicht. Wir kommen zusammen, um darüber nachzudenken, wie wir kleine Fenster öffnen und frische Luft atmen könnten.“

STIFTUNG FÖRDERT PROJEKTE

Mehr über die Stiftung und wie man sich in ihr einbringen kann unter www.stiftung-medico.de

Eine der zentralen Aufgaben der stiftung medico international ist es, aus den Erträgen ihres Vermögens medico-Projekte in aller Welt zu fördern. Dies tut sie dank des Engagements der Stifter*innen in stetig wachsendem Umfang. In diesem Jahr ist das Kunstprojekt von Shababek in Gaza eines der vorgeschlagenen Projekte, neben einem Pilotprojekt für eine Bauernkooperative in Pakistan, einer gemeindebasierten Covid-19-Prävention in El Salvador, der Unterstützung eines Zentrums für Folteropfer in Ägypten und vielen mehr (die Förderungen wurden nach Redaktionschluss vom Stiftungsvorstand verabschiedet). Für die Unabhängigkeit der Arbeit von medico international und der Partnerorganisationen ist diese auf Dauer angelegte Solidarität von enormer Bedeutung.

ANTISEMITISMUS - STREIT – NÄCHSTE RUNDE

Universalismus: Europa als Provinz

Der umstrittene Beschluss des Bundestages über den sogenannten Israel-bezogenen Antisemitismus, der Aktivitäten, denen eine Nähe zur palästinensischen Boykott-Desinvestition-Sanktionen-Bewegung (BDS) unterstellt werden kann, dem Antisemitismus-Vorwurf aussetzt, treibt immer neue Blüten. Zuletzt wurde jüdisch-israelischen Student*innen an der Kunsthochschule Weißensee in Berlin für ihr Projekt „Unlearning Zionism“ die öffentliche Unterstützung entzogen und der Auftritt auf der Website der Kunsthochschule gestrichen.

Geschichte und ihre Interpretation unterliegen immer der politischen Instrumentalisierung. Im Angesicht dessen hat sich in Deutschland eine Debatten- und Wissenskulturlandschaft um einen erinnerungspolitischen Diskurs seit den 1980er Jahren entwickelt, die sich so gut es ging von dieser Instrumentalisierung fernhielt. Die jüdischen Museen, das Fritz-Bauer-Institut, das Zentrum für Antisemitismusforschung in Berlin, all die Einrichtungen zur Erforschung und Darstellung der nationalsozialistischen Verbrechen haben genauso die Grundlage dafür gelegt wie zahlreiche Wissenschaftler*innen, darunter Aleida Assmann, Michael Brumlik, Michal Bodemann, Susan Neiman. Die lange Liste lässt sich heute um eine jüngere Generation erweitern, die auch die eigene Einwanderungs- und Migrationserfahrung u.a. aus Israel und nicht zuletzt die spezielle Erfahrungsversion einer transgenerationalen jüdischen DDR-Biografie einbringt.

Und trotz des aufgeheizten und polarisierten Klimas, trotz geforderter Auftrittsverbote wie gegen Achille Mbembe oder Streichung von Zuschüssen finden Veranstaltungen wie die Podiumsdiskussion kürzlich im HAU (Hebbel am Ufer) in Berlin statt, bei der sich drei prominente Jüd*innen, die auch eine israelische Staatsbürgerschaft besitzen, für einen radikalen Universalismus stark machen: Eva Illouz, Susan Neiman und Omri Boehm. Letzterer hat gerade in seinem jüngsten Buch einen binationalen Einheitsstaat vorgeschlagen, zu dessen Grundlage allerdings eine Form des politischen Vergessens von Holocaust und Nakba gehören müsse, also ein Ende gegenseitiger Aufrechnung von Leiderfahrungen, die die jeweils verhärtete Position legitimiert. Der Vorschlag ist für die Zukunft vernünftig, lässt aber die gegenwärtige Asymmetrie zwischen jüdischen Israelis und Palästinenser*innen außer Acht.

Denn nach wie vor gibt es keine Gleichberechtigung in der Debatte. Und dazu hat der Bundestagsbeschluss auf unsägliche Weise beigetragen. Er ist nichts weiter als ein Maulkorb für unterschiedliche palästinensische Stimmen, die in die gleichmachende Ecke des Antisemitismus-Vorwurfs gesetzt und zur Stummheit verdammt werden. Der palästinensische Filmemacher Elia Suleiman erzählt davon im Film „Vom Gießen des Zitronenbaums“, indem er sich schweigend der Welt gegenüberstellt. Wer sich die „School of unlearning Zionism“ im Internet angesehen hat, konnte sich ein Bild davon machen, wie sich hochangesehene kluge palästinensische Intellektuelle für den Mut bedanken, dass man sie anhört. Das ist erschütternd.

Wenn es also so ist, dass die deutschen Verbrechen Geschichte geworden sind und insoweit ihre Interpretation für jeden Zweck – gut oder schlecht – instrumentalisierbar sind, soweit sogar, dass nun die Deutschen die höchsten Richter*innen darüber spielen, wer Antisemit*in ist und wer nicht, dann hilft dagegen umgekehrt nur ein reflektiertes Verständnis von Universalismus. Universalismus geht nur ohne Asymmetrie. Es bedarf also der Reparatur und der Reparation. Das betrifft die reichen Länder und ihre Bevölkerungen gegenüber denen, die sie jahrhundertlang ausgebeutet haben, genauso wie Israel gegenüber den Palästinenser*innen. Und dann ließe sich auch der Gedanke von Omri Boehm noch einmal weiterdenken: Dass zum Universalismus auch das Vergessen gehört, zumindest in der Politik. Aber vergessen kann man nur, wenn man sich zuvor erinnert. Dabei muss Europa sich, wie der indische Historiker Dipesh Chakrabarty forderte, provinzialisieren, einschließlich der in Europa begangenen Verbrechen. Die Deutungshoheit und Interpretation der universalistischen Werte muss die Weltprovinz Europa aufgeben, um sie allen zu überlassen.

An einer derartigen Idee des Universalismus gilt es zu arbeiten, zu streiten, Erfahrungen des Scheiterns zu reflektieren und alle Stimmen zuzulassen, soweit sie sich eben um ihn bemühen. Der BDS-Beschluss des Bundestages hat ohne Zweifel einen großen Schaden angerichtet. Aber er ist in erster Linie ein fadenscheiniges politisches Instrument im Verhältnis zu einer israelischen Politikerklasse, die ja vielleicht auch nicht ewig bleibt. Nach Trumps Abwahl, rufen die Demonstrant*innen in Israel, muss nun auch Nethanyahu fallen. Schauen wir mal.

Katja Maurer

Knebel- Gesetze



Foto: REUTERS/Oswaldo Rivas

Fast so gruselig wie die Verschärfung der politischen Verfolgung: Das Agüizotes-Fest in Masaya (während der Corona-Pandemie).

Nicaragua: Das Ortega-Regime verschärft die Verfolgung jedweder Opposition

Von Moritz Krawinkel

In Ungarn erlegt das sogenannte NGO-Gesetz Nichtregierungsorganisationen, die Spenden aus dem Ausland erhalten, Registrierungs-, Melde- und Offenlegungspflichten auf. Dies, so urteilte der Europäische Gerichtshof jüngst, verstößt gegen EU-Recht. Ein solches Urteil würde man sich auch zu dem Mitte Oktober 2020 verabschiedeten Gesetz 1040 zur „Regulierung ausländischer Agenten“ in Nicaragua wünschen. Das Dekret schreibt vor, dass alle nicaraguanischen Personen, Organisationen oder Unternehmen, die mit ausländischen Geldern in Berührung kommen, sich bei der Regierung als „ausländische Agenten“ registrieren müssen. Außerdem werden aus dem Ausland unterstützte Projekte verpflichtet, den Behörden sämtliche Finanzen und Tätigkeiten vierwöchentlich zur Genehmigung vorzulegen.

Das Knebel-Gesetz steht in krassem Gegensatz zur lockeren Formulierung des Gesetzes 840 über das nie begonnene Megaprojekt eines interozeanischen Kanals. Dieses gestattet Finanzinstitutionen, die ein Vorhaben im Zusammenhang mit dem Kanal finanzieren, zu agieren, „ohne sich bei der Bankenaufsicht der Republik Nicaragua registrieren zu lassen oder eine andere Genehmigung einer Regierungsstelle einholen zu müssen“, wie medico-Partnerin Mónica López Baltodano aus dem Gesetzestext zitiert.

Repressalien werden legalisiert

Nachdem das Regime Ende 2019 neun NGOs, darunter auch medico-Partnerorganisationen, die Rechtsfähigkeit als juristische Person entzogen hat, werden mit Gesetz 1040 die „legalen“ Voraussetzungen für weitere Repressalien geschaffen. Offensichtliches Ziel ist die nachhaltige Einschüchterung von potentiell kritischen Organisationen und ihren Angestellten – bei Zuwiderhandlung wird selbst auf privates Vermögen zugegriffen. Nebenbei stellt das Regime mit dem Gesetz auch eine Weiche für die im November 2021 anstehenden Wahlen: Niemand, die oder der auf der Liste „ausländischer Agenten“ steht, soll ein öffentliches Amt bekleiden dürfen – eine eklatante Grundrechtsverletzung.

Die Menschenrechtslage in Nicaragua hat sich seit der gewalttätigen Niederschlagung der Proteste gegen das Ortega-Regime 2018 nicht verbessert. Jetzt ist sie mit insgesamt drei Dekreten in eine neue Phase getreten: Bereits im September hatte Ortega ein die Verfassung änderndes Gesetz beim Obersten Gerichtshof in Auftrag gegeben (!), das die Höchststrafe für sogenannte „Hassverbrechen“ auf lebenslange Haft ausdehnt. Offizieller Anlass für die Verschärfung ist die brutale Vergewaltigung und Ermordung von zwei Mädchen. Doch nachdem Ortega die politische Opposition immer wieder als „Kriminelle“, als „Terroristen“ und ihre Pro-

teste als „Verbrechen des Hasses“ bezeichnet hat, liegt die Vermutung nahe, dass sich das Gesetz eigentlich gegen sie richtet. Ebenfalls im September hat Ortega ein Gesetz zur Cybersicherheit verkündet, das regierungskritische Aktivitäten im Internet unter Strafe stellt. Auch wenn alle drei Gesetze in der Umsetzung weitgehend unpraktikabel sein sollten: Sie schaffen einen legalen Rahmen zur Kriminalisierung und Einschüchterung jedweder Opposition und noch darüber hinaus: Selbst die zivilgesellschaftliche Beobachtungsstelle COVID-19 befürchtet Einschränkungen ihrer Arbeit.

Pandemie? Schon vorbei ...

Wie hierzulande sind die offiziellen Corona-Zahlen in Nicaragua über den Sommer deutlich gesunken. Dass die Pandemie damit überwunden ist, lässt sich daraus aber nicht folgern. Nachdem die Führung des Landes die Existenz des Virus zunächst geleugnet und Maßnahmen zur Eindämmung sogar kriminalisiert hat, ist es dem Gesundheitspersonal mittlerweile immerhin erlaubt, Schutzmasken zu tragen. Als Anfang Mai 2020 über 500 nicaraguanische Ärzt*innen eine öffentliche Erklärung unterzeichneten, in der sie die Regierung auffordern, stärkere Schritte zur Bekämpfung der Pandemie zu unternehmen, bezeichnete Vizepräsidentin Rosario Murillo sie noch öffentlich als „Außerirdische, die in anderen Galaxien leben“. Bis heute hat die Bekämpfung der Pandemie für die Regierung keine Priorität. „Wir wissen nicht, wie die Covid-Lage ist, weil die Daten für eine seriöse Einschätzung fehlen“, sagt Leonel Argüello vom Centro de Estudios y Promoción Social (CEPS), mit dem medico seit vielen Jahre verbunden ist. Während das Gesundheitsministerium Ende Oktober 156 Corona-Tote zählte, kam die zivilgesellschaftliche Beobachtungsstelle COVID-19 auf 2.780 Tote. Leonel Argüello befürchtet darüber hinaus eine hohe Dunkelziffer.

Womöglich blendet das Regime die Pandemie schon im Hinblick auf die für November 2021 geplanten Wahlen aus. Denn Ortega hofft, dass ihm trotz allem Protest eine halbwegs stabile wirtschaftliche Lage die nötige Unterstützung sichert. Währenddessen gibt die heterogene Opposition kein klares Bild ab. So hat die Teilnahme des Partido Liberal Constitucionalista (PLC) von Ex-Präsident Arnoldo Alemán an der Nationalen Koalition zur Abwahl von Ortega Streit entfacht. Soziale Bewegungen kritisieren schon länger, dass sich Alemán, der Ortega 2007 mit einem Pakt zur erneuten Präsidentschaft verholfen hatte, nur aus opportunistischen Gründen und zum Schein vom Regime distanziert hat. Jüngst hat das US State Department wegen Korruptionsvorwürfen Sanktionen gegen Alemán verhängt. Mit solchen Partnern lässt sich keine Alternative zu Ortega aufbauen.



Moritz Krawinkel arbeitet in der Online-Redaktion von medico international. Er ist u.a. für die Öffentlichkeitsarbeit zu Nicaragua zuständig, das er im Herbst 2018 zuletzt bereiste.

medico international fördert die Versorgung politisch Verfolgter und die psychosoziale Betreuung von Betroffenen der staatlichen Repression sowie ihre Forderungen nach Gerechtigkeit. Angesichts der staatlichen Untätigkeit in Nicaragua unterstützen wir zivilgesellschaftliche Initiativen, die in der Pandemie selbstorganisiert Schutz- und Aufklärungsmaßnahmen ergreifen.

Spendenstichwort: Nicaragua

Grenzüberschreitungen

Was Flüchtlinge an den bewachten Grenzen entlang der sogenannten Balkanroute erleben



Fotos: Mark Mühthaus/attenzione

Seit Jahren fristen Menschen, die vor Krieg, Armut und Perspektivlosigkeit geflohen sind, an den Grenzen der Balkanländer ein Leben verächtlich gemachter Wesen. Jede Hoffnung auf Zukunft soll ihnen genommen werden, sie sollen nur mehr Material der europäischen Abschreckung sein.

Von Jasmin Behrends und Christin Stühlen

„Wozu soll ich berichten, was mir hier passiert?“, schreibt Said. „Klar bin ich ein Mensch. Aber hier bin ich vor allem ein Immigrant. Mein Wort zählt hier nicht.“ Zehn Tage hat er im sogenannten „Jungle“, dem Grenzgebiet zwischen Kroatien und Bosnien-Herzegowina, verbracht und mehrmals versucht, nach Kroatien und damit in die EU zu gelangen. Viele nennen die wiederholten Versuche, die Grenze zu über-

queren, „the game“, das Spiel. Damit sind die oft tage- und nächtelangen Märsche gemeint, die Menschen auf sich nehmen, um nach Kroatien oder Slowenien zu gelangen, Wind und Wetter ausgesetzt, oft ohne Essen.

Die „Gewinner*innen“ schaffen es in die vermeintliche Sicherheit der EU und des Schengenraums. Die Verlierer*innen müssen zurück

und das Spiel von vorn beginnen. Said hat verloren. Die kroatische Polizei, die seit Dezember 2018 rund 6,5 Millionen Euro von der EU zur Grenzsicherung erhalten hat, hat ihn gefunden und gemeinsam mit anderen gewaltsam zurück nach Bosnien verfrachtet. Seine Schuhe wurden ihm weggenommen, seine Papiere und sein Handy ebenso. Über Facebook schickt er ein Bild seines geschwollenen und bläulich verfärbten Armes. Alleine für Juli 2020 dieses Jahres hat das Border Violence Monitoring Network 389 Pushbacks, also gewaltsame Rückführungen, dokumentiert. Die Dunkelziffer ist vermutlich höher, denn einige haben Angst oder bereits resigniert. Möglich gemacht werden die Pushbacks auch von Deutschland: Bundesinnenminister Horst Seehofer übergab der kroatischen Grenzpolizei Anfang 2020 zehn Wärmebildgeräte im Wert von 350.000 Euro zum Aufspüren flüchtender Menschen.

Begegnungsort im Grenzgebiet

Wie Said ergeht es derzeit insgesamt 15.000 flüchtenden Menschen, die sich in Ländern des Westbalkans aufhalten, ein Großteil in Bosnien-Herzegowina und Serbien. Seit der Schließung der Balkanroute vor vier Jahren mit dem EU-Türkei-Deal stecken viele der Geflüchteten im bosnischen Kanton Una Sana und seiner Hauptstadt Bihać fest, andere warten im zwei Stunden entfernten Velika Kladuša auf eine Gelegenheit, die Grenze zu überqueren. Die von der Internationalen Organisation für Migration (IOM) betriebenen offiziellen Camps sind überfüllt, die Versorgung ist schlecht. Im Gegensatz zum Leben in den Camps, das von starren Strukturen, Gewalt und Langeweile geprägt ist, ziehen es viele vor, in leerstehenden Häusern Unterschlupf zu suchen. Infolge des Krieges und massiver Abwanderung gibt es in Bosnien-Herzegowina viele davon.

Die Corona-Pandemie hat die Möglichkeiten der Menschen, sich selbst zu versorgen, weiter eingeschränkt. „Migrants“ ist der Zutritt zu Supermärkten, Cafés oder Krankenhäusern nicht mehr gestattet, von vielen öffentlichen Plätzen werden sie vertrieben. Die Stimmung in der Bevölkerung, ohnehin angespannt, hat sich weiter aufgeheizt. „Es kommt immer häufiger zu Gewalttaten an flüchtenden Menschen durch die bosnische Polizei und durch Zivilist*innen“, erklärt Daka, ein Menschenrechtsaktivist, der seinen eigentlichen Namen nicht nennen möchte. „Der Wahlkampf tut den Menschen nicht gut. Rechte Politiker*innen und ihnen nahestehende Medien instrumentalisieren die Flüchtlinge. Das schränkt gleich zwei Freiheiten ein: die Bewegungsfreiheit der Menschen und die Freiheit, ihnen zu helfen.“

Daka wohnt in Lipa, einem kleinen Dorf etwa zwanzig Kilometer von Bihać entfernt, wo Ende April ein weiteres IOM-geführtes Camp errichtet wurde. Daka steht am Anfang eines großen Projekts: Er will das Heimatdorf seiner Mutter wiederbeleben. Außer ihm lebt hier zurzeit niemand. Gleichzeitig möchte er, dass sich die Wahrnehmung flüchtender und migrierender Personen ändert. Deshalb soll aus seinem Dorf ein Begegnungsort werden, an dem flüchtende und lokale Personen nebeneinander arbeiten, essen und Zeit verbringen können. Aktuell baut er ein Haus aus. Möglichst bald sollen hier Menschen schlafen können, die ihm bei der Umsetzung des Projektes helfen.

Lokale Hilfsstrukturen

Die lokalen Hilfsstrukturen, überwiegend von Einzelnen getragen, sind häufig Repressionen durch die bosnischen Behörden und massiven Bedrohungen durch rechte Gruppierungen ausgesetzt. Indem die EU die von der IOM geführten Camps finanziert und Ressourcen für Überwa-



chung, Equipment und Polizeitraining im Kanton Una Sana bereitstellt, errichtet sie eine Parallelregierung im Grenzgebiet. Für die humanitäre Tragödie, die Bosnien-Herzegowina derzeit erlebe, trage die EU die Verantwortung, meint Daka. Die Wut der alleingelassenen Bevölkerung richtet sich gegen eine Politik, die desolate Verhältnisse in Grenzräumen nicht nur billigend in Kauf nimmt, sondern gezielt herbeiführt. „Beide Seiten sind sehr müde“, sagt Daka, „sowohl jene, die flüchtende Menschen nicht in ihrer Nachbarschaft haben wollen, als auch jene, die versuchen, ihnen zu helfen.“



Was in Grenzgebieten wie Bosnien-Herzegowina geschieht, ist nach internationalem Recht schlicht illegal. Jeder Mensch hat das Recht, in einem anderen Land Asyl zu suchen und ein dokumentiertes Asylverfahren zu durchlaufen. Auf der Balkanroute, vor allem an den Grenzen zu Kroatien und Ungarn, werden flüchtende Menschen jedoch systematisch daran gehindert, einen Asylantrag zu stellen. Die EU verstößt damit gegen den völkerrechtlichen Grundsatz der Nichtzurückweisung, der einen Grundpfeiler der Europäischen Menschenrechtskonvention darstellt. Die Grenzregionen der EU entlang der westlichen Balkanroute verwandeln sich durch diese Prozesse der Entrechtung immer mehr in Freiluftgefängnisse, in denen vorsortiert wird, wer in Europa Asyl suchen kann und wer nicht. Auch Cafés, Supermärkte und Krankenhäuser, die manchen Menschen verschlossen bleiben, sind Teil der Grenzen geworden. Durch die rassistischen Stigmatisierungen werden die Körper derer, die man ihrer Rechte beraubt, zu Symbolen dieser Grenzgebiete. In den westlichen Balkanländern zeigt sich das, was Étienne Balibar als „internal post-colony“ bezeichnet: Ein Teil Europas schafft sich in seinem Inneren seine eigene Post-Kolonie, in der all diejenigen versammelt und ihrer Rechte beraubt werden, die man systematisch vom Projekt der Moderne ausschließt.

Die von medico unterstützte Initiative Balkanbrücke hat sich als Reaktion auf die extreme Entrechtung gegründet, die flüchtende Menschen auf der Balkanroute erfahren. Ähnlich der Initiative Seebrücke, die vor allem die europäische Migrationsabwehr im Mittelmeer in den Blick nimmt, macht die Balkanbrücke auf das vergessene Elend in den Ländern des Westbalkans aufmerksam. Auf der Plattform werden Entwicklungen über die Menschenrechtsverletzungen an diesen europäischen Außengrenzen geteilt und in eine breite Öff-

fentlichkeit getragen. Die Balkanbrücke informiert in engem Austausch mit Akteur*innen vor Ort über die Umstände entlang der Route. Zusammen mit Künstler*innen organisiert sie Veranstaltungen, um Spenden für die aktiven Menschen wie Daka zu sammeln. Das Ziel ist, durch Vernetzung eine breite Mobilisierung der Zivilgesellschaft zu erreichen und bestehende Kämpfe miteinander zu verknüpfen: um den politischen Druck zu erhöhen und eine andere Migrationspolitik zu ermöglichen. Denn das Hungern- und Sterbenlassen ist Ausdruck des Fortbestehens kolonialer Machtstrukturen und bleibt eine politische Entscheidung.



Jasmin Behrends und Christin Stühlen studieren Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt am Main. Sie arbeiten beide als studentische Aushilfen bei medico international und sind seit ihrer Gründung im April 2020 bei der Initiative „Balkanbrücke“ aktiv.

medico unterstützt die Initiative der Balkanbrücke genauso wie Projekte auf den griechischen Inseln Lesbos und Samos. Wie in Moria auf Lesbos kommt es auch im Flüchtlingslager Vathy auf Samos immer wieder zu Bränden und die Zahl der Covid-19-Fälle steigt. Die medico-Partner*innen von Med'EqualTeam halten trotz widriger Bedingungen die kostenlose Gesundheitsversorgung durch medizinisches Fachpersonal aufrecht.

Spendenstichwort: Flucht und Migration



Die kürzlich von Exil-Sudanese*innen in Deutschland lancierte Kampagne #endjanjaweed hat das Ziel, die Komplizenschaft von EU und Bundesregierung mit ehemaligen völkermordenden Milizen im Sudan bekannt zu machen.

ALTER WEIN IN NEUEN SCHLÄUCHEN

Was der neue EU-Migrationspakt mit den Janjaweed-Milizen im Sudan zu tun hat

In vielen Regionen der Welt sind Menschen auf der Suche nach Schutz und Teilhabe gestrandet. Immer häufiger ist ihre ausweglose Situation das Ergebnis von Vereinbarungen zwischen der Europäischen Union einerseits und Herkunfts- und Transitländern andererseits. Daran wird auch der neue von der EU-Kommission Ende September 2020 vorgestellte europäische Asyl- und Migrationspakt nichts ändern. Entgegen der Behauptung, er sei Ausdruck eines „Paradigmenwechsels“ in der Kooperation mit Herkunfts- und Transitländern, sind die angekündigten Pläne in mehrerer Hinsicht deckungsgleich mit dem, was die EU schon vor Jahren auf den Weg gebracht hat: verstärkte Zusammenarbeit mit Drittländern bei der Rückkehr- und Reintegrationsförderung sowie bei der Bekämpfung von „Menschenschmuggel“ und „irregulärer Migration“, wohinter sich häufig nichts anderes verbirgt als die Verhinderung von Flucht und Migration Richtung Europa.

Zum Beispiel Sudan: Hier stürzten Massenproteste im April 2019 Diktator Omar al-Bashir, der der EU in Fragen der Migrationsverhinderung lange Stabilität garantiert hatte. Sie sah dabei darüber hinweg, dass gegen den Gewaltherrscher ein Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs wegen schwerer Verbrechen in Darfur vorlag. Sudan Uprising Germany, eine Organisation von Exil-Sudanese_innen, die (gefördert durch medico) von Deutschland aus die Demokratiebewegung im Sudan unterstützen, kritisiert: „Die EU-Politik, angeführt von Deutschland, ist seit 2015 ein Schlüsselfaktor bei der Verletzung der Rechte von Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten am Horn von Afrika.“ Mit ihrer kürzlich lancierten Kampagne #EndJanjaweed machen sie auf die Komplizenschaft der EU mit den Janjaweed-Milizen aufmerksam, die im Auftrag des al-Bashir-Regimes schwere Kriegsverbrechen begangen haben. Umbenannt in Rapid Support Forces (RSF) gehen sie nun nicht nur an der Grenze zu Libyen gegen Flüchtlinge vor, sondern werden auch für die gewaltsame Niederschlagung der Demokratiebewegung im Juli 2019 verantwortlich gemacht.

Wenn Deutschland und die EU es ernst meinen mit der Minderung von Fluchtursachen, müssen sie die demokratischen Kräfte in Ländern wie Sudan unterstützen und nicht diejenigen, die sie unterdrücken. Und wenn Protestierenden nur noch der Weg ins Exil bleibt, dürfen die Grenzen nicht geschlossen sein. Sämtliche Deals, die darauf zielen, Flucht und Migration nach Europa um jeden Preis zu verhindern und Abschiebungen in Kriegs- und Krisenregionen zu erleichtern, sind menschenrechtlich nicht vertretbar.

Kampagnenwebseite:
[www.sudanuprising.com/
 endjanjaweed](http://www.sudanuprising.com/endjanjaweed)

Ramona Lenz

Wohlfahrt neu erfinden

Ein globaler Blick auf die Folgen der Pandemie und die Notwendigkeit sozialer Kämpfe

Von Sandro Mezzadra

„I can't breathe“: Die letzten Worte des ermordeten George Floyd stehen auch für die Erfahrungen von Millionen Menschen auf der ganzen Welt, die im Jahr 2020 an Covid-19 erkrankt sind. Es hatte in den vergangenen Jahren nicht an Warnungen vor einer solchen Pandemie gefehlt, insbesondere nicht von der Weltgesundheitsorganisation WHO. Berücksichtigt man zudem die radikalen ökologischen Ungleichgewichte, die das Übergreifen und die Ausbreitung des Virus erleichtert haben, könnten in nicht allzu ferner Zukunft weitere, ähnliche Viren und Pandemien auftreten. Es stimmt zwar, dass Menschen schon immer mit Viren gelebt haben, aber das Problem stellt sich heute in einem anderen Ausmaß. Dies zeigt sich insbesondere an der Geschwindigkeit, mit der sich das Coronavirus weltweit verbreitet hat - über genau jene Wege, über die in den vergangenen Jahren die Mobilität von Menschen und Gütern organisiert wurde.

Mobilität ist zwar - als Bewegungsfreiheit von Migrant*innen - eine von vielen Regierungen offensiv bekämpfte Praxis, gegen die Mauern gebaut und Grenzen militarisiert werden (ein Trend, der sich übrigens in den letzten Monaten aus hygienisch-sanitären Gründen weiter gefestigt hat). Mobilität ist aber auch eine grundlegende Bedingung für das Funktionieren des gegenwärtigen Kapitalismus. Sie kann gewaltsam und selektiv organisiert werden, sie kann aber nicht blockiert werden. Nachdem das Co-

rona-Virus über die Wege der Mobilität global geworden ist, hat dies zunächst zu ihrer Blockade geführt - mit katastrophalen Auswirkungen auf Produktion, Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt. In einem zweiten Moment konzentrierte sich das Handeln der Regierungen auf selektive Eingriffe in die Mobilität, indem sie Unterschiede zwischen „wesentlichen“ und „nicht wesentlichen“ Produktionssektoren und Arbeitnehmer*innen herstellten, die Millionen von Menschen zu einer erzwungenen Immobilität und andere zu einer ebenso erzwungenen Mobilität verpflichteten. All das wird sicherlich langfristige Auswirkungen haben, weit über die Pandemie hinaus.

Gleichzeitig hat die Ausbreitung der Pandemie zu Reaktionen geführt, die sich als „neo-malthusianisch“ definieren lassen: In einigen Ländern wird kaum etwas unternommen, im vollem Bewusstsein und mit dem Ziel, dass der Preis von den Armen gezahlt werden muss, die oft rassistisch konnotiert und konstruiert sind. Die USA von Trump, Bolsonaros Brasilien und das Indien von Modi sind die drei offensichtlichsten Beispiele. Bemerkenswert ist jedoch, dass eine „neo-malthusianische“ Haltung weit über diese Länder hinaus verbreitet ist und sich z.B. in den „Anti-Masken“-Demonstrationen in den USA und Europa und in der Haltung vieler Wirtschaftsverbände manifestiert, die aus ökonomischen Gründen auf eine rücksichtslosere Co-

rona-Politik drängen, die Gewinne über Gesundheit stellt. In anderen Ländern und Regionen herrscht eine andere Haltung, die man mit der Foucault'schen Formel der „Verteidigung der Gesellschaft“ zusammenfassen könnte und deren Rezept aus einer jeweils variierten Kombination aus Autoritarismus, Paternalismus, Nutzung digitaler Technologien, aber auch der Idee eines universellen Rechts auf Gesundheit besteht. China und Südkorea, Argentinien und die

Eine andere Politik weist strategisch auf die Relevanz des „Gemeinsamen“ hin, also auf die Notwendigkeit von politischen Praktiken, die die Opposition zwischen dem „Öffentlichen“ und dem „Privatem“ übersteigt.

wichtigsten westeuropäischen Länder bieten - offensichtlich sehr unterschiedliche - Beispiele für diese Haltung, die die Ambivalenz widerspiegelt, die öffentliche Interventionen zu Gesundheit und „Hygiene“ in Europa mindestens seit dem 19. Jahrhundert charakterisieren. Diese Haltung ist überall Teil des Versuchs einer kapitalistischen Krisenstabilisierung. Sie hat dennoch auch die Grundlage dafür gelegt, dass sich mitten in der Pandemie eine Debatte über die Bedeutung der „öffentlichen Gesundheit“ entwickelt hat, die vielfach durch soziale Bewegungen oder oppositionelle Kräfte angestoßen und gefördert wurde.

Aber zurück zu der tiefen Krise, die durch die Pandemie ausgelöst wurde und deren ganze Dimension sich erst noch offenbaren wird. Es handelt sich um eine Krise, die in erster Linie

den Kapitalismus „von außen“ trifft, aber dennoch eine echte „Wahlverwandtschaft“ mit solchen Krisen hat, die ein regelmäßiges Moment der ständigen Neuordnung der kapitalistischen Produktionsweise sind. Natürlich ist die Krise der industriellen Produktion überall tief. Es droht eine lang anhaltende Rezession, Tausende von kleinen und mittleren Unternehmen stehen vor der Pleite - ganz zu schweigen von den katastrophalen Folgen für die Arbeiter*innen, ob in Form von Massenentlassungen und drastischer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Gleichzeitig wirkt die Pandemie auch als Verstärker einer Vielzahl von Entwicklungstendenzen des Kapitalismus, die sich in den letzten Jahren herauskristallisiert haben: Nehmen wir zum Beispiel die Logistik, die zu Beginn der Krise einen Moment echter Blockade durchmachte, dann aber von der weit verbreiteten Anerkennung ihrer „systemrelevanten“ Rolle ihre Operationen selektiv neu organisierte. Oder denken wir an die digitalen Plattformen, von denen einige sicherlich einen Rückgang ihrer Gewinne zu verzeichnen hatten (z.B. Airbnb und teilweise Uber), während andere (z.B. diejenigen, die im Bereich der „Nahrungsmittellieferung“ tätig sind) eine echte Explosion ihrer Gewinne erlebt haben. Zoom, eine Plattform, die vor einem Jahr nur einigen wenigen bekannt war, erhöhte ihr Aktienkapital während der Pandemie um 300% und ihr Eigentümer Eric Yuan stieg in die Rangliste der reichsten Männer der Welt von „Forbes“ auf. Noch wichtiger ist jedoch, dass sich das Geschäftsmodell der Plattformen weiter ausbreiten wird, mit all den bereits dokumentierten Folgen von Fragmentierung und Prekarisierung der Arbeit, die in der Pandemie für Millionen von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen zur täglichen Realität geworden ist.

Man kann daher davon ausgehen, dass auch der globale politische Rahmen, in dem die kapitalistische Produktionsweise operiert, aus der

Pandemie deutlich verändert hervorgehen wird. Ohne eine vollständige „geopolitische“ Analyse vorschlagen zu wollen, wird der Wettbewerb um den Impfstoff sicherlich ein fundamentales Gewicht in der Neugestaltung der Beziehungen zwischen den verschiedenen Blöcken und den verschiedenen Mächten spielen. Die unzweifelhafte Wirksamkeit, die das chinesische Management der Pandemie charakterisiert hat, wirkt sich schon jetzt in den Zahlen über Wachstum und wirtschaftliche Erholung aus. Für eine stark von Interdependenz geprägte Wirtschaft wie die chinesische stellt die Verlangsamung und in vielen Fällen die Blockade der Handelspartner allerdings ein Problem ersten Ranges dar, auf das die Führung der Kommunistischen Partei mit der Doktrin der „doppelten Zirkulation“ zu reagieren versucht: d.h. mit dem endgültigen Ende der Epoche, in der China die „Fabrik der Welt“ war - und mit der Formulierung eines Entwicklungsmodells, in dessen Mittelpunkt der Binnenmarkt steht (und das von dort aus die Integration in den Weltmarkt steuern kann). China wird sicherlich nicht zu den „Verlierern“ der Krise gehören, sondern seine Position auch auf globaler Ebene festigen. Diese sich seit Jahren abzeichnende Weltordnung lässt sich als konfliktueller Multipolarismus definieren, in dem die großen Weltregionen eine immer wichtigere Rolle spielen werden.

Europas Abkehr vom Neoliberalismus?

Welche Rolle wird Europa in diesem Szenario spielen? Die Europäische Union hat unter der Gewalt der aktuellen Krise ganz andere Maßnahmen ergriffen als nach der Finanzkrise von 2007/2008. Während sie sich damals auf Sparprogramme konzentrierte, mit einer in der griechischen Krise besonders heftigen Form von disziplinierender und strafender Verdrehung des Ordoliberalismus, scheinen heute einige

grundlegende Elemente des europäischen Neoliberalismus (zumindest vorübergehend) in Frage gestellt zu werden. Den Stabilitätspakt, der ausgeglichene Haushalte verlangt, und den Angriff auf die Sozialausgaben suspendiert die expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank und der im Programm „Next Generation EU“ vorgesehene Investitionsplan zwar, stellt aber nicht deren Prinzipien in Frage. Der Beginn der Vergemeinschaftung der Schulden lässt außerdem die Möglichkeit einer gemeinsamen Steuerpolitik und einer fortschreitenden Konvergenz der Sozialsysteme der verschiedenen Mitgliedsländer erahnen. Offenkundig ist das ein umstrittenes und umkehrbares Szenario, das auf eine Stabilisierung der Krise des Kapitalismus abzielt. Doch es gilt die doppelte Bedeutung ernst zu nehmen: Einmal wegen der Implikationen, die das auf die Position Europas innerhalb jenes konfliktuellen Multipolarismus hat; und zum anderen, weil sich darin die Möglichkeit einer substantiellen Veränderung der Grundlagen zeigt, auf der soziale Bewegungen und Kämpfe stattfinden.

Es eröffnen sich also neue Räume für eine Politik, die innovative Fragen von sozialen Rechten und Wohlfahrt aufgreift (angefangen bei Gesundheit und Bildung), die durch die neoliberale Politik so geschwächt und reorganisiert wurden, dass in vielen Fällen die Bewältigung der Pandemie erschwert wurde. Es geht dabei aber nicht darum, eine Rückkehr zum Wohlfahrtsstaat zu erkämpfen, der in der Zeit nach der Zweiten Weltkrieg auf materiellen Voraussetzungen beruhte, die heute völlig verschwunden sind. Zudem haben die Bewegungen der sechziger und siebziger Jahre diesen Wohlfahrtsstaat einer radikalen Kritik unterzogen und darauf verwiesen, dass er auf der patriarchal organisierten Familie, auf der Ausgrenzung oder untergeordneten Einbeziehung von Migrant*innen und anderen Personen der Arbeit und Nicht-Arbeit basiere und Prozesse der weiteren

Bürokratisierung vorantreiben. Wenn überhaupt, dann ist es diese Kritik, mit der wir heute neu beginnen müssen, um uns eine andere Politik der Wohlfahrt vorzustellen und auszuprobieren. Diese Kritik verweist strategisch auf die Relevanz des „Gemeinsamen“, also auf die Notwendigkeit von politischen Praktiken, die die Opposition zwischen dem „Öffentlichen“ und dem „Privaten“ übersteigt.

Neue Räume für Politik

Die zentrale Bedeutung von Wohlfahrt und sozialen Rechten inmitten der Gesundheits-, Wirtschafts- und Sozialkrise herauszustellen, ist daher auch ein Versuch, einen möglichen Bezugspunkt für die Zusammenkunft von verschiedenen sozialen Subjektivitäten der vom Kapital kontrollierten Arbeit und zwischen den wichtigsten Bewegungen unserer Zeit zu identifizieren. Insbesondere unter dem ersten Gesichtspunkt geht es darum, die Kämpfe um Einkommen (und damit auch um soziale Stoßdämpfer, die die von der Krise direkt betroffenen Sektoren schützen können) und die Kämpfe um Löhne (nicht nur derjenigen, die in ein traditionelles Arbeitsverhältnis eingebunden sind) zusammenzubringen. Dies sind die Kämpfe, die auch mit einer Eroberung von Macht und der Aneignung von sozialem Reichtum verbunden sind, im Gegensatz zu den disziplinären Tendenzen, die sozialstaatlichen Interventionen innewohnen.

Vom zweiten Standpunkt aus, dem der Bewegungen, hat der Feminismus in den letzten Jahren eine Reihe von Reflexionen und Praktiken zu den Themen Fürsorge und soziale Reproduktion entwickelt, die einen wesentlichen Gesichtspunkt für ein Überdenken der Wohlfahrt als Ganzes bieten; Umweltbewegungen stellen die Frage nach der Qualität der Entwicklung, die direkt mit der eigentlichen Bedeutung des Begriffs

Wohlfahrt und der Beziehung zwischen Gesundheit und Territorium verbunden ist; antirassistische und migrantische Bewegungen halten das Problem der Grenzen der Menschenrechte (wie auch Europas) offen und zeigen es als ein grundlegendes Kampffeld auf. Es scheint mir, dass in der Zusammenkunft dieser Momente heute in Europa eine vernünftige politische Perspektive entstehen kann. Es ist keine einfache Perspektive, sie kollidiert mit dem Fortbestehen des Neoliberalismus als einem wesentlichen Kriterium der „Governance“, einem Neoliberalismus, der mit einem starken Staat reibungslos koexistieren kann. Und sie kollidiert mit der Präsenz mächtiger kapitalistischer Akteure, für die Wohlfahrt nur eine Restbedeutung haben kann. Dass die Krise dazu führt, die Hierarchien innerhalb der Gesellschaften gewalttätiger zu machen, was sich in der Ausbreitung des aggressiven Individualismus und der Angst, die wir seit Beginn der Pandemie erlebt haben, zeigt, ist anzunehmen. – Und doch sind die dem entgegenstehenden Reaktionen nicht randständig. Es gilt Räume der Konvergenz von Bewegungen, sozialen Kämpfen und Arbeitskämpfen zu schaffen, an denen es während der Pandemie glücklicherweise nicht gefehlt hat – nicht nur in den Vereinigten Staaten, die von den Aufständen und Demonstrationen der Black Lives Matter erschüttert wurden und wo die Kontinuität und Metamorphosen dieser Bewegung ein entscheidender Faktor für die politische Dynamik nach der Niederlage von Trump sein werden.



Sandro Mezzadra ist Professor für Politische Theorie in Bologna. Mit *medico international* ist er persönlich und politisch seit langem verbunden. Er ist einer der Sprecher auf der *medico*-Online-Konferenz „The Reconstruction of the World“ (s. Seite 64).

medico aktiv

Schuldig

Menschenrechtstribunal: EU verletzt Recht auf Gesundheit

Die gegenwärtige Migrations- und Asylpolitik der Bundesrepublik Deutschland und der EU verletzt das Recht auf Gesundheit sowie auf physische und psychische Integrität von Migrant*innen und Geflüchteten schwerwiegend. Das ist das Ergebnis des Menschenrechtstribunals, das ein Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen in Berlin als 45. Veranstaltung des Permanent Peoples Tribunal veranstaltet hat. „Die Berichte von Geflüchteten und ihren Unterstützer*innen zeichnen ein erschreckendes Bild der deutschen und europäischen Migrationspolitik“, resümiert die Juristin Sarah Lincoln. „Viele Geflüchtete sind krank und brauchen besonderen Schutz. Stattdessen werden sie wie Menschen zweiter Klasse behandelt, ohne Privatsphäre, ohne Zugang zu angemessener Gesundheitsversorgung, ohne Verfahrensrechte“, so die Juristin. Gemeinsam mit Geflüchteten und solidarischen Strukturen vor Ort hatte medico auf dem Tribunal eine Anhörung zur Gesundheitsversorgung auf der griechischen Insel Lesbos gestaltet.



Foto: iPPNW

Das 45. Permanent Peoples Tribunal fand im Refugio in Berlin-Neukölln statt.

Planetarisches Bewusstsein

Reihe School of Resistance:
Milo Rau befragt Achille Mbembe

In der Debattenreihe „School of Resistance“ begibt sich der Schweizer Theatermacher Milo Rau in den vergangenen Monaten mit Unterstützung von medico auf die Suche nach sozialen und ökonomischen Alternativen in der „postapokalyptischen Ära“. Der achte Teil des Online-Formats versprach besonders interessant zu werden – und wurde zu einer großen Stunde eines klugen intellektuellen Austausches. Zum Gespräch geladen war der kamerunische Philosoph Achille Mbembe, um den sich im Frühjahr eine internationale Kontroverse entwickelt hatte. Der Antisemitismus-Beauftragte der Bundesregierung hatte seine Ausladung als Redner auf der Ruhr-Triennale gefordert, weil er in Mbembes Nachdenken aus afrikanischer Perspektive über Verbindungen von rassistischer Gewalt in den europäischen Kolonien und dem Völkermord an den europäischen Juden Antisemitismus sah. Milo Rau zögerte nicht, das Gespräch genau mit dieser Debatte zu eröffnen: Was hat sich da ereignet? Mbembe führt aus, dass eine sehr deutsche Debatte um den Stellenwert des Holocaust in der Weltgeschichte verlaufen sei – unabhängig von ihm und seinem Werk. Wie wichtig der Ort für das Denken ist, betont Mbembe auch in Bezug auf die Corona-Pandemie. Gerade an den Rändern des Weltsystems sieht er ein „planetarisches Bewusstsein“ entstehen, welches den Weg zu einer Lebensweise jenseits der neoliberaler Logik bieten kann – damit wirklich all seine Bewohner*innen einen Platz auf diesem Planeten haben.

www.medico.de/school-of-resistance



Milo Rau im Gespräch mit Achille Mbembe, abrufbar neben vielen anderen Veranstaltungen auf dem medico-YouTube-Kanal.

Debatte zuhause

Viele medico-Veranstaltungen sind digital abrufbar

Unsere Öffentlichkeitsarbeit lebt vom Austausch. Wichtige Orte dafür waren bis vor kurzem die vielen Veranstaltungen, zu denen medico-Kolleg*innen eingeladen waren oder die wir selbst organisiert haben. Corona hat diese Reihe unterbrochen, das direkte Gespräch ist schwerer geworden. Deshalb versuchen wir, mit Online-Formaten alternative Räume zu schaffen. Diese sind weniger unmittelbar, immerhin aber überall verfügbar – und das auch im Nachhinein. So können die Aufzeichnungen von [Online-]Veranstaltungen, etwa aus der Reihe „Utopischer Raum“, und Webinaren „nachgeschaut und -gehört“ werden. Sie zeigen Denker*innen wie Eva von Redecker, Achille Mbembe, Stephan Lessenich, Charlotte Wiedemann, Harald Welzer, Thomas Gebauer oder Ilija Trojanow in der Diskussion über globale Gesundheit und Corona, imperiale Lebensweise, Flucht & Migration, Universalismus und soziale Gerechtigkeit – und vieles mehr.

Alle Videos und Playlists: www.medico.de/youtube



1

AUFSTELLER MIT FLYERN— FÜR
BUCHLÄDEN, ARZTPRAXEN ETC.



2



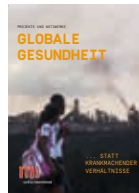
5



3



6



4



7

Bestellen & Verbreiten

In kostenlosen Broschüren, Flyern und auf Plakaten informieren wir über aktuelle Themen und Kampagnen, die uns wichtig sind. Wir freuen uns, wenn Sie Freund*innen, Bekannte und Kolleg*innen darauf aufmerksam machen. Gerne dürfen Sie unser rundschreiben und alle anderen Materialien auch in größerer Stückzahl bestellen und an Orten in ihrer Umgebung – in Arztpraxen, Cafés oder Buchläden – auslegen. Sie helfen uns und unseren Projektpartner*innen sehr, wenn Sie zur Verbreitung unserer Inhalte beitragen.

Eine vollständige Liste unserer Materialien zum Bestellen oder Herunterladen finden Sie hier:

www.medico.de/material

1 Hallo wie geht's ... eigentlich dem Rest der

Welt? – Der neue medico-Flyer informiert kurz und knapp über die Arbeit von medico international, von der Projektförderung über Partner*innen bis zur politischen Aufklärungs- und Kampagnenarbeit: Mit Haltung. In Solidarität. Für Veränderung. Gerne liefern wir bei größeren Stückzahlen auch einen Aufsteller aus Karton mit, mit dem die Flyer gut präsentiert werden können. Damit sie ihren Weg zu all den Menschen finden, die medico unbedingt kennenlernen sollten! Ganz einfach bestellen – per Email an info@medico.de oder per Telefon (069) 94438-0

2 medico-Jahresbericht 2019 – [44 S.] Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht.

3 Wissenswertes zu Testament und Erbschaft – [28 S.] Wenn Sie medico testamentarisch berücksichtigen möchten, bietet die Broschüre Informationen zu rechtlichen und steuerlichen Fragen.

4 Globale Gesundheit

16-seitige Kurzbroschüre. Das Recht auf den Zugang zu bestmöglicher Gesundheit wird weltweit jeden Tag millionenfach verletzt. Der Infolyer stellt die Arbeit von medico-Partnerorganisationen und medicos Engagement in globalen Netzwerken vor. Natürlich kostenlos.

5 Warum Menschen fliehen – [32 S.] Mit dieser Broschüre möchten wir Material liefern für informierte, reflektierte und engagierte Beiträge zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Flucht und Migration, die hierzulande zunehmend von Angst und Ausgrenzung bestimmt ist. Herausgegeben von medico international und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

6 medico-Rundschreiben 03/20 – Reportagen, Interviews, Kommentare und Analysen aus dem globalen Handgemenge unserer Projekt- und Kampagnenarbeit.

7 Inseln der Vernunft schaffen – Der Flyer informiert kurz und knapp über Ziele und Arbeitsweisen der stiftung medio international und ist auch bestens geeignet, potenziell interessierte Freund*innen und Bekannte auf die Stiftung aufmerksam zu machen.

Ich bestelle:

_____ Aufsteller mit Flyern

_____ medico-Jahresbericht 2019

_____ Broschüre zu Testament und Erbschaft

_____ Broschüre: Globale Gesundheit

_____ Broschüre: Warum Menschen fliehen

_____ medico-rundschreiben 03-20

_____ Flyer: Inseln der Vernunft schaffen

Anzahl

Name

Straße

Ort

Meine Spendennummer

Ich möchte:

- kostenlose Materialien bestellen
- dass eine Spende in Höhe von _____ € einmalig von meinem Bankkonto abgebucht wird.

IBAN

BANK

BIC

Datum

Unterschrift

Bitte einsenden an:
medico international
Lindleystr. 15
D-60314 Frankfurt am Main
oder faxen an (069) 43 60 02

Spenden & Stiften

Die Hilfe in krisenhaften Zeiten braucht Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung. Für die Förderung von Projekten und unserer kritischen Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit sind wir auch auf Ihr finanzielles Engagement angewiesen. 50 Jahre medico sind nicht ohne die kritischen und aufmerksamen Wegbegleiter zu denken. Rettung lauert überall – auch in unseren Fördermitgliedern und Unterstützern.

Spenden ohne Stichwort sind für medico besonders wichtig, da wir und unsere Partner hierdurch unabhängig arbeiten können und flexibel auf akute bzw. von den Medien wenig beachtete Not- und Krisensituationen reagieren können. Sie können Ihre Spende auch mit einem bestimmten Stichwort versehen, dann wird Ihre Spende ausschließlich in der entsprechenden Region bzw. themenbezogen eingesetzt.

Fördermitgliedschaft: Eine Fördermitgliedschaft ermöglicht mit regelmäßigen Beiträgen langfristige und verbindliche Projektkooperationen. Sie hilft, Partner in Regionen zu unterstützen, die nicht im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit liegen, und in Krisensituationen auch dann zu helfen, wenn hier Anteilnahme und Spendenbereitschaft schwinden. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei 120 Euro, für Menschen mit wenig Geld bei 60 Euro. Gerne kann der Beitrag individuell höher gesetzt werden. Sie können eine Fördermitgliedschaft auch verschenken!

Spenden und Schenken: Verschenken Sie eine Spende an medico: Ob Geburtstag, Hochzeit, Jubiläum oder Firmenfeier – jeder Anlass eignet sich. Sie können sich auch eine Spende

wünschen. medico stellt Ihnen eine Geschenkkarte und Infomaterial zur Verfügung.

Gemeinsame Spendenaktionen online starten: [Schul-]Feste, Konzerte und andere Veranstaltungen sind in Pandemiezeiten nicht möglich – kommen Sie daher online zusammen und starten gemeinsam eine Spendenaktion. Ob zum eigenen Geburtstag oder zur Unterstützung eines konkreten medico-Projektes: Legen Sie auf unserer Internetseite eine Online-Spendenaktion an und teilen den Link über E-Mail und Soziale Medien mit Familie, Freund*innen und Kolleg*innen. Entscheiden Sie selbst über Spendenstichwort, einen Text, ein Foto und darüber, wen Sie einladen. Sie können festlegen, ob die Aktion auf dieser Seite öffentlich sichtbar oder privat ist. Die Spendenaktion ist in wenigen Minuten aufgesetzt. www.medico.de/spendenaktion

Zustiftungen: Die stiftung medico international fördert aus den Erträgen ihres Vermögens die Arbeit des Vereins medico international. Von der Zustiftung bis zum Darlehen: es gibt verschiedene Formen zum Stiftungsvermögen beizutragen und Geld solidarisch einzusetzen.

Online-Spenden: Unter medico.de/spenden können Sie unkompliziert online spenden oder eine Fördermitgliedschaft abschließen.

Spendenkonto medico international
BIC HELADEF1822
IBAN DE21 5005 0201 0000 0018 00



Das Deutsche Zentralinstitut für Soziale Fragen [DZI] bescheinigt medico international

einen sorgfältigen und verantwortungsvollen Umgang mit Spendengeldern.

Spendenquittungen: medico international ist als gemeinnütziger Verein anerkannt, daher ist ihre Spende steuerlich absetzbar. Für Spenden ab 50 Euro schicken wir automatische eine Spendenbescheinigung, spenden Sie regelmäßig oder mehrmals im Jahr, senden wir Ihnen zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

Haben Sie Fragen? Wir helfen gerne weiter

Allgemeine Anfragen zu Spenden, Fördermitgliedschaft und Geschenkspenden

Andrea Schuldt und Frank van Ooyen
Tel.: (069) 944 38-0, Email: info@medico.de



Zustiftungen, Testamentspenden und Unternehmensspenden

Gudrun Kortas
Tel.: (069) 94438-28,
Email: kortas@medico.de



Spendenaktionen und Kommunikation

Anita Starosta
Tel.: (069) 94438-44,
Email: starosta@medico.de

Umzug oder Bankänderung? Bitte teilen Sie uns Ihre neue Adresse oder Bankverbindung, unter Nennung der alten Anschrift, mit. So bleiben wir in Kontakt!

Vielen Dank für die solidarische Unterstützung unserer Arbeit!

medico online Nachrichten, Meinungen und Analysen aus dem globalen Handgemenge. Im **Blog** mischen sich medico-Kolleginnen und -Kollegen in aktuelle Debatten ein und entwickeln Perspektiven im Dialog mit unseren Partnerorganisationen in Asien, Afrika und Lateinamerika. **Mit Beiträgen von Thomas Gebauer, Anne Jung, Ramona Lenz, Katja Maurer, Riad Othman, Thomas Seibert u.v.m.** Der **Newsletter** informiert regelmäßig über unsere neuesten Veröffentlichungen, über Hintergründe, Kampagnen und Aktuelles. In den **sozialen Netzwerken** unterstützen wir den täglichen Blick über den Tellerrand. Facebook, Twitter, Instagram, Youtube, Telegram – **alle Optionen unter [medico.de/verbinden](https://www.medico.de/verbinden)**



12.-14. 02. 2021

WWW.MEDICO.DE/KONFERENZ

**THE
RECON
STRUCTION
OF THE WORLD**

**ONLINE
KONFERENZ**

EINE KONFERENZ NICHT NUR ZUR MISERABLEN LAGE DER WELT, SONDERN AUCH UND VOR ALLEM ZU DEN MÖGLICHKEITEN IHRER REKONSTRUKTION ZU EINEM ORT, DEN ZU BEWOHNEN SICH ENDLICH LOHNEN WIRD.
U. A. MIT SUSAN BUCK-MORSS, RITA SEGATO, ULRIKE HERRMANN, SANDRO MEZZADRA